

Silke Junge, Polina Baigarova

Russland schrumpft – Der Wandel der Familien- und Sozialstruktur. Herausforderungen und Chancen



Dokumentation der 15. Deutsch-Russischen Herbstgespräche vom 29. und 30. Oktober 2010 in Berlin

Eine gemeinsame Tagung des Deutsch-Russischen Austausch e. V., der Heinrich-Böll-Stiftung und der Evangelischen Akademie zu Berlin

DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E. V.
НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Impressum

Herausgeber: Deutsch-Russischer Austausch e.V.
Badstr.44
13357 Berlin
info@austausch.org

Autoren: Silke Junge, Polina Baigarova

V.i.S.d.P.: Stefan Melle

Erscheinungsdatum: April 2011, Berlin

Die Deutsch-Russischen Herbstgespräche sind eine gemeinsame Veranstaltung des Deutsch-Russischen Austausch e.V., der Heinrich-Böll-Stiftung und der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Diese Veröffentlichung wurde durch die Förderung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Berlin, und der Heinrich-Böll-Stiftung ermöglicht.

Deutsch-Russischer Austausch e. V.
www.austausch.org

Heinrich-Böll-Stiftung
www.boell.de

Evangelische Akademie zu Berlin
www.eaberlin.de

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin
www.paritaet-berlin.de

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| 1. EINLEITUNG | 2 |
| 2. DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN | 4 |
| 2.1 DEUTSCHLAND | 4 |
| 2.2 RUSSLAND | 8 |
| 3. VERÄNDERTE FAMILIEN- UND LEBENSBLDER | 15 |
| 3.1 DEUTSCHLAND | 15 |
| 3.2 RUSSLAND | 16 |
| 4. MAßNAHMEN DER FAMILIEN- UND SOZIALPOLITIK UND PROBLEME BEI DEREN UMSETZUNG | 21 |
| 4.1 DEUTSCHLAND | 21 |
| 4.2 RUSSLAND | 23 |
| 5. FORDERUNGEN AN DIE POLITIK | 33 |
| 5.1 DEUTSCHLAND | 33 |
| 5.2 RUSSLAND | 34 |
| 6. SCHLUSSBETRACHTUNGEN | 37 |
| 7. ABBILDUNGSVERZEICHNIS | 40 |
| 8. LITERATURVERZEICHNIS UND WEITERFÜHRENDE LINKS | 41 |
| REFERENTEN | 42 |
| TAGUNGSPROGRAMM | 45 |

1. Einleitung

Mit den Deutsch-Russischen Herbstgesprächen verfolgen die Veranstalter Deutsch-Russischer Austausch e.V., die Heinrich-Böll-Stiftung und die Evangelische Akademie Berlin das Ziel eines Dialogs und Austauschs über zivilgesellschaftliche und andere gesellschaftspolitisch relevante Entwicklungen in Russland und Deutschland. Seit 1995 widmete sich die jährliche Tagung den unterschiedlichsten Themen wie Rechtsstaatlichkeit, ökologische Modernisierung, Geschichtspolitik und vielen anderen mehr. Dabei werden aktuelle Diskurse in beiden Ländern aufgegriffen und durch Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft unter Beteiligung des Publikums diskutiert. 2010 luden die Veranstalter am 29./30. Oktober bereits zu den 15. Deutsch-Russischen Herbstgesprächen ein. Unter dem Titel **„Russland schrumpft – Der Wandel der Familien- und Sozialstruktur. Herausforderungen und Chancen“** befassten sich die Teilnehmer der Tagung mit dem demografischen Wandel in Russland und Deutschland und dessen Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik. In den gemeinsamen Diskussionen von deutschen und russischen Referenten und dem Publikum wurde nach möglichen Ansätzen zum Umgang mit diesen gesucht.

Eröffnet wurde die Tagung durch Begrüßungsworte von Dr. Rüdiger Sachau, Direktor der Evangelischen Akademie zu Berlin, Walter Kaufmann, Leiter der Abteilung Südosteuropa, Osteuropa, Kaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin, und Stefan Melle, Geschäftsführer des DRA e.V.. Von Walter Kaufmann wurde die große Relevanz des Themas für beide Gesellschaften zu Beginn der Tagung betont:

„Kaum ein Thema erscheint so vergleichbar relevant, wie die Frage der demografischen Entwicklung in Deutschland und Russland. Bevölkerungsrückgang, Überalterung, Entvölkerung strukturschwacher ländlicher Räume sind nur einige der Stichworte, die langfristig denkende Politik in beiden Ländern vor große Herausforderungen stellen.“

Mit der vorliegenden Dokumentation werden ein Überblick über die Tagungsinhalte gegeben und diese auch einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Nicht zuletzt soll sie einen Beitrag zur vergleichenden grenzüberschreitenden Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten. Die Gliederung der Dokumentation folgt allerdings nicht dem chronologischen Tagungsablauf, sondern entspricht vielmehr den inhaltlichen Schwerpunkten. Im Rahmen der Tagung wurden zunächst die aktuellen demografischen Tendenzen in beiden Ländern dargestellt und dann die Hintergründe des gesellschaftlichen Wandels erläutert. Schließlich wurde ein

Schwerpunkt auf die Familien- und Sozialpolitik gelegt. Die eingeladenen Referenten berichteten aus wissenschaftlicher, politischer und praktischer Perspektive, wodurch insbesondere für die Situation in Russland ein umfassender Einblick ermöglicht wurde, der von der theoretischen Auseinandersetzung über die politischen Maßnahmen bis zur Schilderung individueller Situationen und Schicksale reichte. Grundlegende Informationen über die Entwicklungen in Deutschland sind auf der Tagung weniger ausführlich behandelt worden. Dies wird mittels Exkursen an den entsprechenden Stellen ausgeglichen, um eine Vergleichbarkeit der Situationen in Russland und Deutschland zu ermöglichen.

Im 2. Kapitel wird ein Überblick über die jeweiligen demografischen Entwicklungen und Tendenzen in Deutschland und Russland gegeben. Das 3. Kapitel widmet sich den veränderten Familien- und Lebensbildern in Deutschland und Russland und schafft dadurch eine Verbindung zwischen den allgemeinen demografischen Entwicklungen und den im 4. Kapitel erörterten politischen Maßnahmen der Familien- und Sozialpolitik. Im 5. Kapitel folgen schließlich die sich aus den geschilderten gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Defiziten ergebenden Forderungen an die Politik.

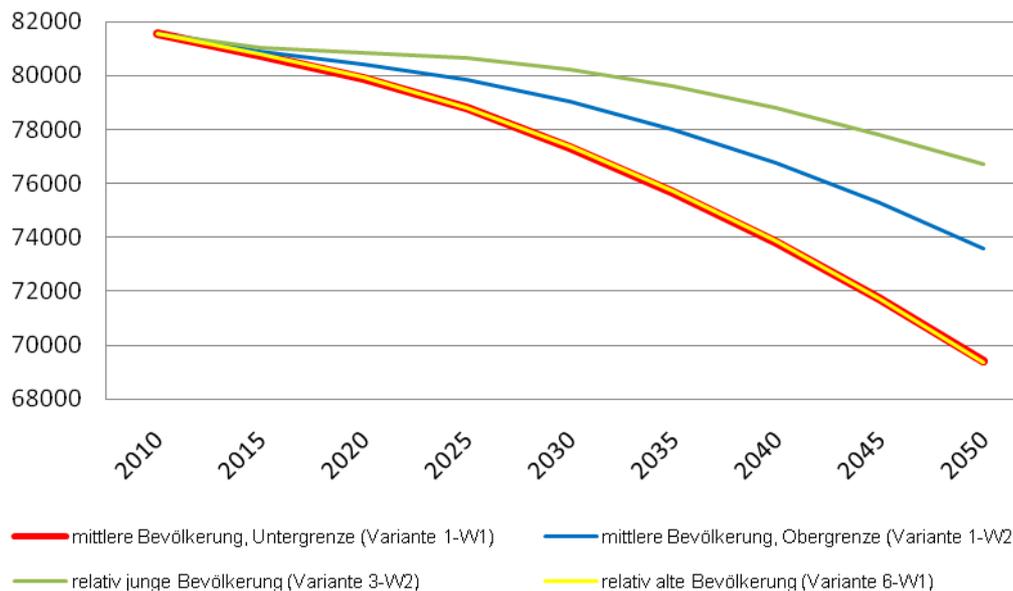
2. Demografische Entwicklungen

2.1 Deutschland

Bevölkerungsrückgang

Die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zeigen, dass schon bald eine drastische Abnahme der Bevölkerung zu erwarten ist.

Abbildung 1: Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung (Einwohner in Tausend)

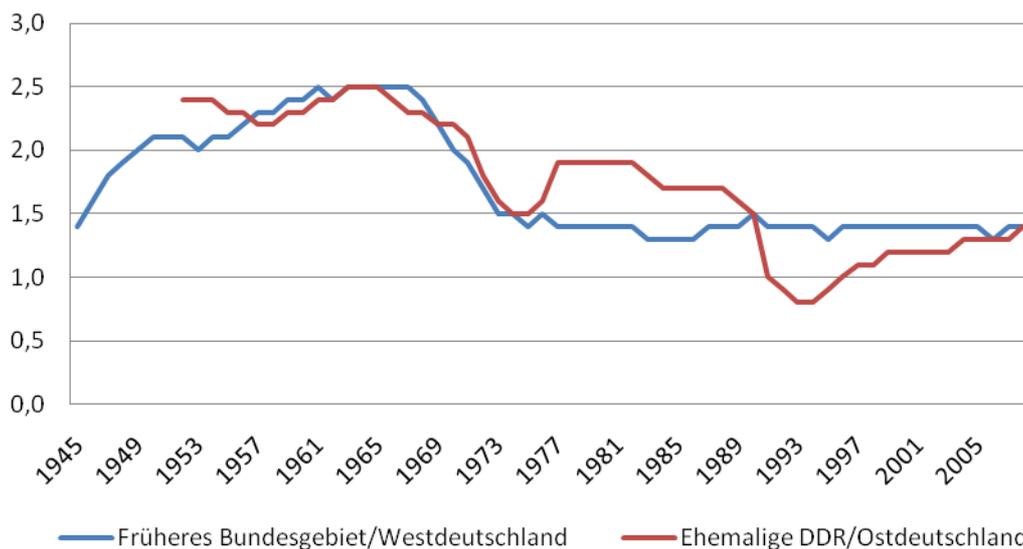


Quelle: www.genesis.destatis.de, eigene Darstellung

Dabei gibt es für die Vorausberechnungen unterschiedliche Szenarien, die in Abbildung 1 dargestellt sind. Dem Verlauf der roten und der blauen Kurve liegen konstante bzw. moderate Entwicklungen der relevanten Faktoren zu Grunde: Die Geburtenrate bleibt mit 1,4 Kindern pro Frau stabil auf ihrem derzeitigen Niveau und die Lebenserwartung steigt mäßig bis 2060 auf 90,1 Lebensjahre für Frauen und 86,6 Lebensjahre für Männer an. Der Unterschied zwischen diesen Prognosen wird durch den angenommenen jährlichen Außenwanderungssaldo ausgemacht. Für den Verlauf der roten Kurve wird ein Plus von 100.000 Zuzügen jährlich angenommen, für den der blauen ein Plus von 200.000. Daraus ergeben sich für die Jahre 2030 und 2050 folgende Prognosen für die Gesamtbevölkerung Deutschlands: rot – 2030: 77,3 Mio. 2050: 69,4 Mio.; blau – 2030: 79 Mio. 2050: 73,6 Mio. Diesen unterschiedlichen Szenarien folgend ist bis 2050 eine Abnahme der Bevölkerung Deutschlands zwischen 10 und 15 Prozent anzunehmen. Den beiden anderen Graphen liegen

jeweils abweichende Annahmen zur Geburtenrate und Lebenserwartung zugrunde. So wird deutlich, dass auch mit einer höheren Geburtenrate von 1,6 Kindern pro Frau ab 2025, wie sie in der grünen Kurve dargestellt wird, noch eine erhebliche Bevölkerungsabnahme um ca. 5 Mio. Einwohner (6 Prozent) bis 2050 zu verzeichnen ist. Mit Blick auf die Entwicklung der Geburtenrate in den vergangenen Jahren ist ein Anstieg dieser auf 1,6 Kinder pro Frau unwahrscheinlich. In Abbildung 2 ist zu erkennen, dass sich die Geburtenrate in Deutschland nach einem starken Abfall ab Mitte der 1960er Jahre zu Beginn der 1990er Jahre einigermaßen bei einem Niveau zwischen 1,3 und 1,5 Geburten je Frau konsolidiert hat. Betrachtet man die Entwicklungen separat für das alte und neue Bundesgebiet, werden doch erhebliche Unterschiede deutlich, besonders hervorstechend ist der extreme Einbruch der Geburtenrate in den neuen Bundesländern im Jahr 1990. Aufgrund der mit dem Fall der Mauer einhergehenden Zukunftsängste sank hier innerhalb eines Jahres die Geburtenrate von 1,5 im Jahr 1990 auf 1,0 in 1991 und fiel weiter auf 0,8 in 1993. Die Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern stieg jedoch verhältnismäßig schnell wieder an. 2007 hatte sie das gleiche Niveau wie in den alten Bundesländern erreicht und liegt inzwischen mit 1,4 in 2009 leicht über dem Bundesdurchschnitt von 1,36 Kindern je Frau.

Abbildung 2: Zusammengefasste Geburtenziffer in Ost- und Westdeutschland 1945-2008, Geburten je Frau



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, eigene Darstellung

Es bleibt abzuwarten, ob die Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern sich ebenfalls auf diesem Niveau „einpendeln“ wird, auf dem die Geburtenrate der alten Bundesländer bereits seit einigen Jahrzehnten verharret – oder ob die Geburtenrate hier noch weiter

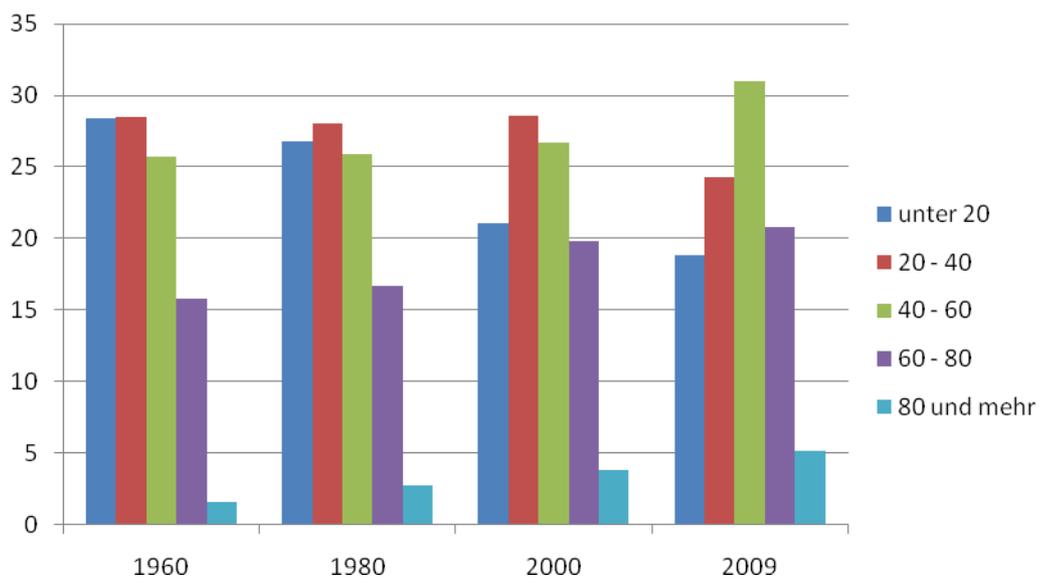
ansteigen und erneut Werte von 1,8 – 1,9 wie Ende 1970er/Anfang 1980er Jahre erreichen wird, womit aber immer noch nicht das für eine einfache Reproduktion der Bevölkerung notwendige Niveau von 2,1 Kindern je Frau erreicht wäre.

Kinderlosigkeit

Die parallelen Entwicklungen von einerseits geringeren Geburtenzahlen und andererseits älteren Müttern, worauf im 3. Kapitel noch genauer eingegangen wird, lassen auf einen generellen Wandel von Lebenswegen schließen. In Deutschland ist er geprägt durch eine Individualisierung von Lebensgemeinschaften und der Emanzipation der Frauen von dem Ideal der Hausfrau und Mutter. Stephan Sievert vom Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung machte darauf aufmerksam, dass dadurch für Paare in Deutschland bereits das erste Kind keine Selbstverständlichkeit ist, während sich in Ländern wie Russland diese Frage erst beim zweiten Kind stellt. Immer mehr potentielle Eltern entscheiden sich in Deutschland bewusst für ein Leben ohne Kinder. 2003 haben in einer Umfrage 23 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen angegeben, sich keine Kinder zu wünschen. Diese Zahlen sind deshalb alarmierend, da „eine Entscheidung gegen Kinder meist nicht mehr verändert wird.“ (Höhn u.a. 2006, S.20). Auf die Gründe für diese Entscheidungen wird ebenfalls im folgenden Kapitel eingegangen.

Alterung der Bevölkerung

Abbildung 3: Anteil Altersgruppen an Bevölkerung 1960-2009, in Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik

Der medizinische Fortschritt, eine verbesserte gesundheitliche Versorgung der Gesamtbevölkerung sowie im Allgemeinen körperlich weniger anstrengende Arbeit haben dazu geführt, dass die Menschen in Deutschland eine immer höhere Lebenserwartung haben. Einhergehend mit weniger Geburten bedeutet dies eine Gesellschaft, in der der Anteil der Älteren an der Bevölkerung stetig zunimmt. Waren 1960 28 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre alt und 17,5 Prozent über 60 Jahre, haben sich diese Zahlen 2009 fast umgekehrt: Die Bevölkerung im Alter von 0-20 hatte einen Anteil von nur noch knapp 19 Prozent an der Gesamtbevölkerung, während die über 60 Jährigen fast 26 Prozent ausmachten. Die „Hochaltrigen“, die 80 Jahre und älter sind, machten 2009 5,1 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Prognosen zufolge wird ihr Anteil bis 2050 auf 12 Prozent steigen.¹ Irmgard Schewe-Gerigk, Vorstandsvorsitzende von Terre des Femmes und ehemalige Bundestagsabgeordnete, erklärte, dass in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen derzeit bei 86 Jahren und für Männer bei 80 Jahren liegt. Für jedes zweite Kind, das heute in Deutschland geboren wird, besteht die Möglichkeit 100 Jahre alt zu werden.

Erster und zweiter demografischer Wandel

Um die Veränderungen in der Sozial- und Familienstruktur bei der Beschreibung demografischer Entwicklungen zu berücksichtigen, wird in der Sozialwissenschaft vom 1. und 2. demografischen Wandel gesprochen, wie von Stephan Sievert angemerkt wurde. Kennzeichnend für den 1. demografischen Wandel ist die Entwicklung weg von hohen Kinderzahlen in den Familien hin zu einem Ideal der „Zwei-Kind-Familie“, während sich parallel die Zahl der Sterbefälle u.a. durch medizinischen Fortschritt verringerte. In Deutschland hat sich diese Entwicklung schon vor einigen Jahrzehnten vollzogen. Die Individualisierung von Lebensstilen, hervorgerufen insbesondere durch die Emanzipation der Frauen, ist zentrales Merkmal des 2. demografischen Wandels. Die Betrachtung der für Deutschland spezifischen Entwicklungen des 2. demografischen Wandels wird in Kapitel 3 vorgenommen

¹ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content100/lrbev01ga.templateId=renderPrint.psml>, entnommen am 06.02.2011; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt, Online-Handbuch Demografie. Demografische Analysen, Konzepte, Strategien, 2008.

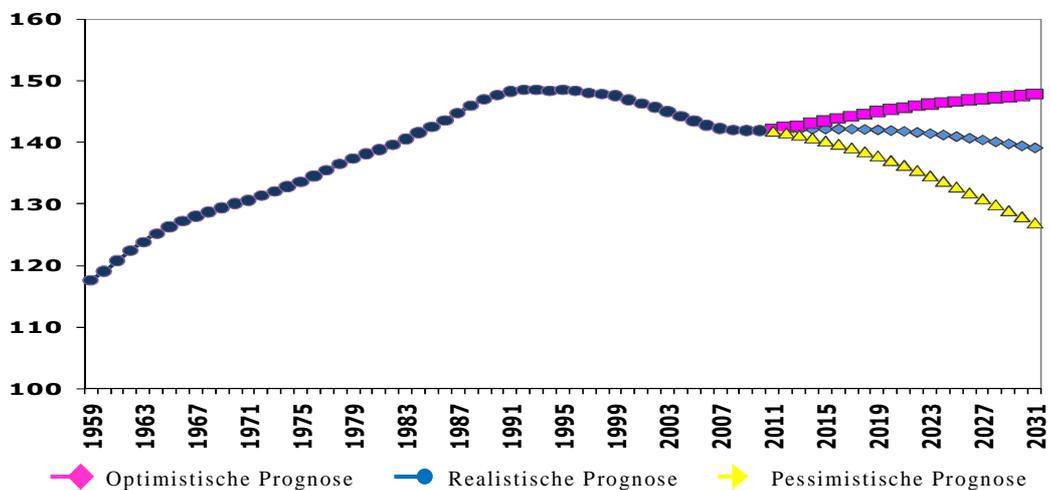
2.2 Russland

Die aktuelle demografische Situation in Russland ist ebenfalls durch stetige Abnahme der Bevölkerungszahl, eine verzernte Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung und eine sehr niedrige Geburtenrate, aber auch eine relativ hohe Sterblichkeitsrate geprägt. Diese einzelnen Aspekte wurden im Rahmen der Tagung von Viktoria Sakevich Institut für Demografie der Hochschule für Wirtschaft Moskau aus wissenschaftlicher Perspektive erläutert. Mit ihrer Präsentation lieferte sie die statistische Grundlage für die Diskussion der Herausforderungen, die sich daraus für die russische Gesellschaft ergeben.

Bevölkerungsrückgang

Die Einwohnerzahl Russlands betrug im Jahr 2009 ca. 141,9 Mio. Menschen, 6,6 Mio. weniger als noch Anfang der 1990er. Seit 1993 ist in Russland ein deutlicher Bevölkerungsrückgang zu beobachten. Allerdings wurde im Jahr 2009 erstmalig wieder ein minimaler Bevölkerungszuwachs von 10.000 Menschen verzeichnet (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Russland 1959-2009 und Prognosen bis 2030, Einwohner in Millionen

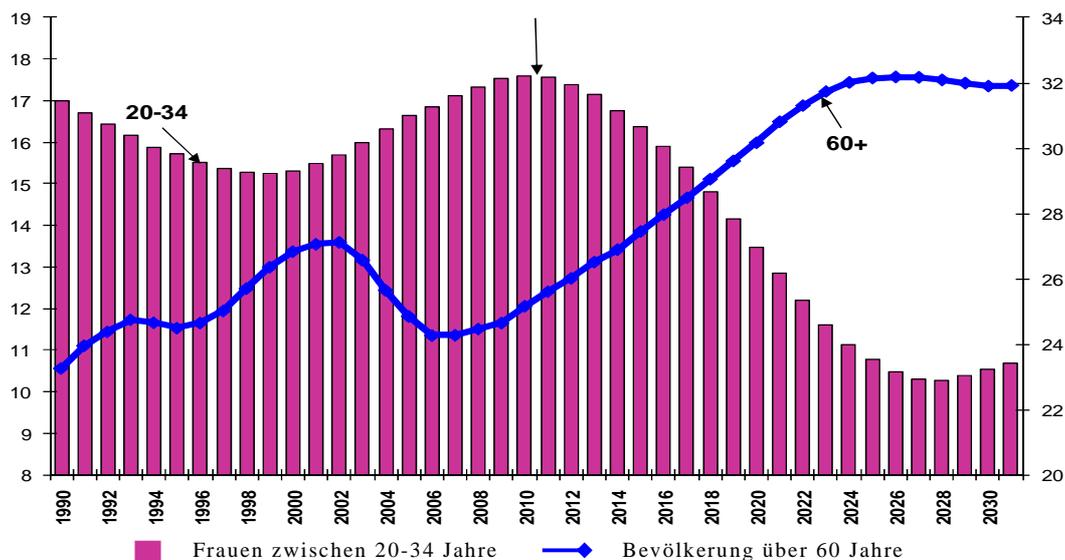


Quelle: Rosstat, entnommen aus der Präsentation von V. Sakevich

Demografieforscher warnen jedoch vor zu viel Optimismus. Ein so leichter Anstieg bedeute noch lange kein Ende des Bevölkerungsrückgangs oder gar eine Umkehrung dieser Grundtendenz, so Sakevich. Als realistisch gilt ein leichter Anstieg der Bevölkerungszahl in den kommenden Jahren, der jedoch wieder von einer rückläufigen Tendenz abgelöst wird, so dass 2030 die Einwohnerzahl in Russland ca. 139 Mio. betragen wird, was ein

Rückgang um 2 Millionen Einwohner wäre. Viktoria Sakevich hält jedoch auch diese Prognose bereits für viel zu optimistisch. Sie warnte vor zu schnellen Schlüssen, da die demografische Entwicklungsdynamik vom Zusammenspiel vieler Faktoren abhängt, die sich über die Zeit unterschiedlich entwickeln können. Dazu zählen in erster Linie die Alters- und Geschlechtsstruktur einer Gesellschaft. So war der Beginn der 2000er Jahre in Russland durch zwei aus demografischer Perspektive positive Tendenzen gekennzeichnet: Ein zunehmender Anteil von Frauen im gebärfähigen Alter einerseits und der gleichzeitige Rückgang des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung andererseits sorgten für die positive Dynamik in der demografischen Entwicklung. Heute hat diese positive Dynamik ihren Höhepunkt erreicht (siehe Pfeil in Abbildung 5). In den kommenden Jahren wird die Anzahl potentieller Mütter drastisch sinken, während die Anzahl älterer Menschen wieder steigt.

Abbildung 5: Anteil von Frauen zwischen 20-34 Jahre und Bevölkerung über 60 Jahre, 1990 – 2031, Einwohner in Millionen (linke Skala Anzahl der Frauen zwischen 20-34 Jahren, rechte Skala Anzahl der über 60-Jährigen)

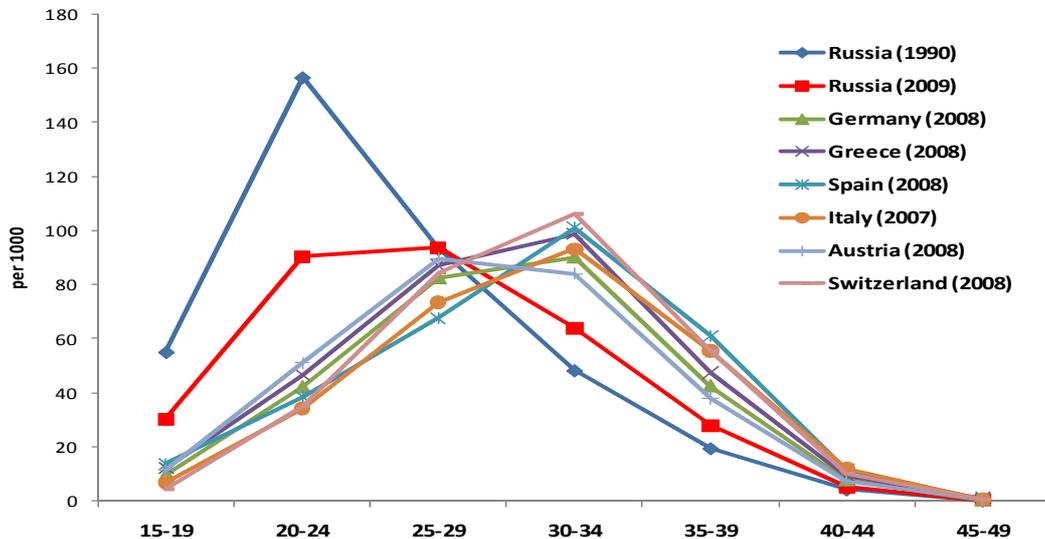


Quelle: Rosstat, entnommen aus der Präsentation von V. Sakevich

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich Russland im europäischen Vergleich durch das verhältnismäßig junge Alter der Erstgebärenden auszeichnet. Zwar lassen sich diese Werte für Russland nicht eindeutig berechnen, da die statistischen Daten hierzu fehlen. Doch liegt Schätzungen zufolge das Durchschnittsalter der Erstgebärenden in Russland bei knapp über 24 Jahren, während bspw. Frauen in Schweden oder den Niederlanden erst mit 29 Jahren ihr erstes Kind zur Welt bringen (vgl. Abbildung 6). Nach Einschätzung

mancher Experten gibt es in Russland jedoch ebenfalls die Tendenz zu einer zeitlichen Verschiebung der ersten Geburt.

Abbildung 6: Altersspezifische Geburtenzahlen in ausgewählten Ländern



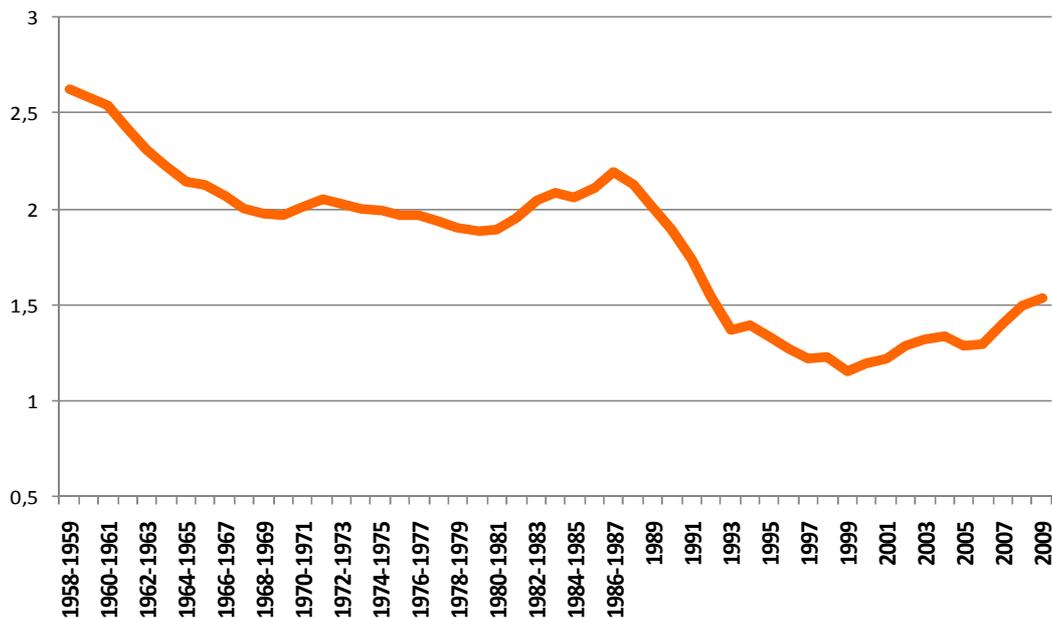
Quelle: V. Sakevich

Entwicklung der Geburtenrate

Der Anteil potentieller Mütter an der Gesamtbevölkerung sagt allerdings noch nichts über die tatsächliche Geburtenrate aus. Diese liegt in Russland heute auf mitteleuropäischem Niveau: 1,54 Kinder bekommt eine russische Frau im Durchschnitt. Olga Isupova vom Institut für Demografie der Hochschule für Wirtschaft Moskau sprach in diesem Zusammenhang auf der Tagung von „mittlerer niedriger Geburtenrate“. Doch selbst wenn Russland und Deutschland die Geburtenrate von Ländern mit „hoher niedriger Geburtenrate“ (>1,8 Kinder pro Frau) wie Frankreich oder Schweden erreichen sollten, ist noch immer keine Stufe erreicht, mit der eine einfache Reproduktion der Gesellschaft gewährleistet wäre.

Sakevich erklärte, dass der Geburtenrückgang kein neues Phänomen in Russland sei und auch keine Folge der schwierigen 1990er Jahre, sondern ein langfristiger und komplexer Prozess. Die Geburtenrate ging bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück und sank 1966/67, früher als in den meisten entwickelten Ländern, erstmals unter die einfache Reproduktionsrate von 2,1 Kindern je Frau. Während der „Perestrojka“ Ende der 1980er Jahre setzte in Russland ein drastischer Geburtenrückgang ein. Seit 1999 lässt sich ein erneuter Anstieg und seit 2007 eine verhältnismäßig starke Zunahme der Geburtenzahlen verzeichnen.

Abbildung 7: Entwicklung der Geburtenrate in Russland, 1958 -2009



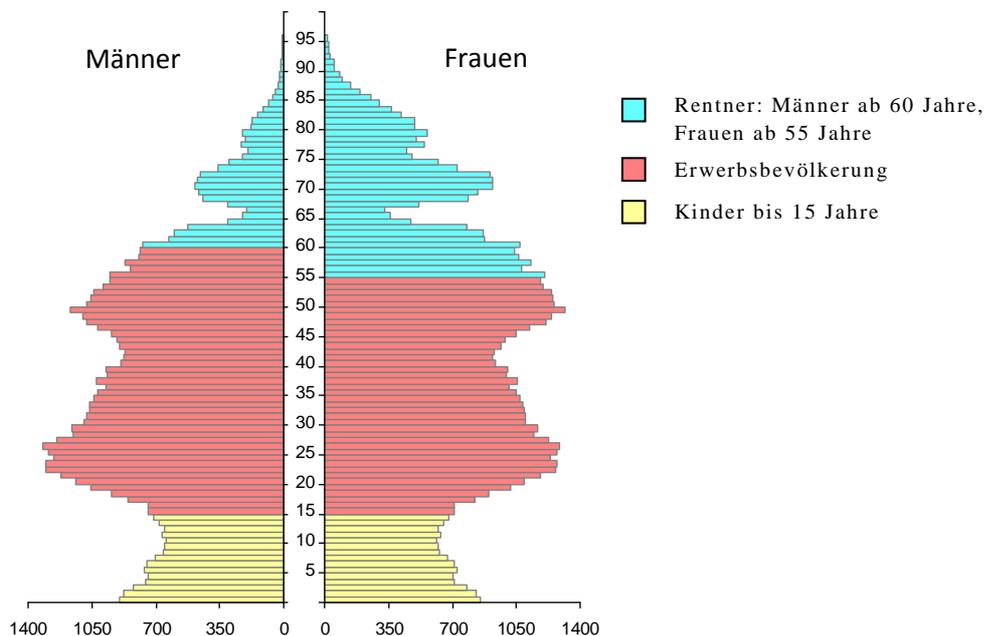
Quelle: V. Sakevich

Doch auch hier warnen die Experten vor einer Überbewertung dieser Tendenzen. So ist es beispielsweise möglich, dass es sich weniger um einen Anstieg der Geburtenrate als um die Auswirkungen einer veränderten Familienplanung handelt. Dieses Phänomen wurde bereits in vielen europäischen Ländern beobachtet: Familien reagieren auf neu eingeführte staatliche Förderprogramme oftmals mit einer zeitlichen Vorverschiebung der Geburt ihrer Kinder, nicht aber mit einer höheren Kinderzahl insgesamt. Hinzu kommt insbesondere in Russland die Befürchtung vor einer baldigen Wiederabschaffung der eingeführten Maßnahmen. In der Tat reagierten viele Familien in Russland unmittelbar auf die Einführung des sog. Mutterschaftskapitals mit der Verwirklichung ihres Kinderwunsches (siehe Kapitel 4.2.1). Ob die Durchschnittszahl der Kinder pro Frau langfristig über das Reproduktionsniveau steigen wird, ist jedoch noch lange nicht abzusehen. In den letzten Jahren spiegelt sich auch eine immer häufigere Entscheidung gegen Kinder in der sinkenden Geburtenrate wider. Natalia Karpovich, erste Stellvertretende der Vorsitzenden des Dumausschusses für Familie, Frauen und Kinder, wies in diesem Zusammenhang jedoch darauf hin, dass die Kinderlosigkeit nicht immer durch eine bewusste Entscheidung von Paaren gegen Kinder entsteht. Jede 5. Familie in Russland sei ungewollt kinderlos.

Alterung der Bevölkerung

Ähnlich wie in Deutschland lässt sich auch in Russland die Tendenz zur Alterung der Bevölkerung beobachten. Noch hat dieses Problem jedoch nicht das europäische Ausmaß erreicht: Im Jahr 2020 lag der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung in Russland bei 12,9 Prozent, während es in Deutschland Ende 2009 20,5 Prozent waren. Laut Sakevich sei es jedoch nur eine Frage der Zeit, bis auch in Russland die über 65-Jährigen einen ähnlich großen Anteil an der Bevölkerung ausmachen wie heute schon in Deutschland. Auch Russland steht in dieser Hinsicht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Die Alterspyramide (Abbildung 8) zeigt den Anteil von Rentnern (blau), Kindern (gelb) und der Bevölkerung im Arbeitsalter (rot) an der Gesamtbevölkerung. Es ist deutlich zu sehen, wie in den nächsten Jahren der Anteil der Rentner an der Bevölkerung drastisch ansteigen wird, wenn die heute sich im Arbeitsalter befindenden Menschen älter werden und in der Alterspyramide nach oben rutschen. Gleichzeitig rückt mit den heute unter 15 Jährigen eine zahlenmäßig wesentlich kleinere Gruppe nach.

Abbildung 8: Alterspyramide Russland 2010, in 1000 Einwohner



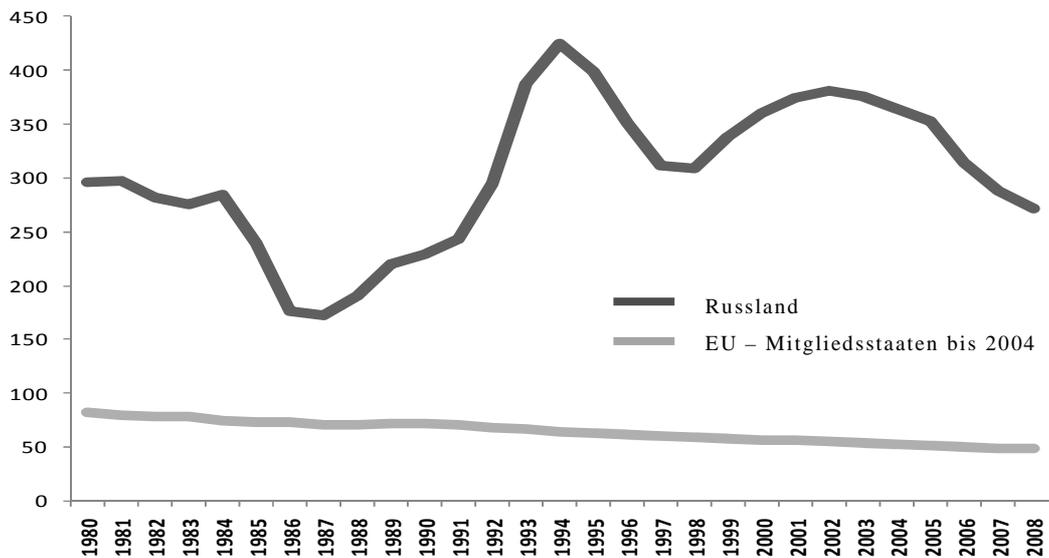
Quelle: V. Sakevich

Solche Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft bringen schwerwiegende volkswirtschaftliche Folgen und eine verzerrte Belastung des Wohlfahrtsystems mit sich, die durch den Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter und die gleichzeitige Zunahme der Rentenleistungen beziehenden Bevölkerung entstehen.

Hohe Sterblichkeitsrate und geringe Lebenserwartung

Zwei wesentliche Gründe, weshalb das Problem der Alterung der Bevölkerung in Russland noch nicht so akut ist wie in anderen europäischen Ländern, sind die hohe Sterblichkeitsrate und die geringe Lebenserwartung. Im europäischen Vergleich der Lebenserwartung bei Geburt liegt Russland weit hinten. Sakevich erklärte, dass diese Tatsache, vielmehr als die niedrigen Geburtenraten, von Experten als das Hauptproblem der aktuellen demografischen Situation in Russland gesehen wird.

Abbildung 9: Tod durch externe Ursachen (Männer) in Russland und der EU, Todesfälle je 100.000 Einwohner



Quelle: WHO Europe, entnommen aus der Präsentation von V.Sakevich

Die hohe Sterblichkeitsrate ist ebenfalls kein neues Phänomen in Russland oder eine Folge der „wilden 1990er Jahre“, sondern eine langfristige Tendenz, die bereits zu Zeiten der Sowjetunion zu verzeichnen war. Während in den europäischen Ländern ein stetiger Anstieg der Lebenserwartung zu beobachten ist, lassen sich in Russland bestenfalls Stagnation und phasenweise sogar rückläufige Entwicklungen feststellen. Die Differenz aus der Lebenserwartung von russischen Männern und der durchschnittlichen Lebenserwartung europäischer Männer beträgt heute 16 Jahre, bei Frauen sind es 9 Jahre. Damit ist auch schon das andere große Problem im heutigen Russland angesprochen: Der Genderunterschied in der Lebenserwartung ist mit ganzen 12 Jahren beachtenswert hoch. Zu den häufigsten natürlichen Todesursachen von Männern zählen in erster Linie Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebsleiden. Zwar gehören Herz-Kreislauf-Erkrankungen auch in Deutschland zu den häufigsten Todesursachen, doch erliegen Menschen in Russland diesen im Durchschnitt 12 Jahre

früher, als in den entwickelten Ländern. Als Ursache dafür gilt nicht zuletzt der übermäßige Alkoholkonsum in Russland. Hinzu kommt eine hohe Zahl externer Todesursachen wie Alkoholvergiftung, Unfälle, Mord oder Selbstmord. Die Anzahl solcher Todesfälle ist in Russland um ein Vielfaches höher als in Europa. Noch ist unklar, ob die rückläufige Tendenz, die sich in den letzten Jahren beobachten lässt, tatsächlich weiter bestehen wird, da es hierbei auch in der Vergangenheit bereits große Schwankungen gegeben hat. Zwar geht in Russland in den letzten Jahren die Sterblichkeitsrate bei Männern etwas zurück und die Lebenserwartung steigt. Dennoch werden bei unveränderter Situation 40 Prozent der heute 15-Jährigen Jungen nicht das Renteneintrittsalter von 60 Jahren erreichen.

Zusammenfassung

Aus der Betrachtung der demografischen Situationen in Russland und Deutschland lassen sich verschiedene Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten ausmachen. So liegen die Geburtenraten in Russland und Deutschland derzeit dicht beieinander. Beide Gesellschaften sind mit einer zunehmenden Überalterung ihrer Bevölkerung konfrontiert. Russland zurzeit noch weniger als Deutschland, da dort die Sterblichkeitsraten höher und die Lebenserwartung, insbesondere von Männern, wesentlich niedriger ist. In beiden Ländern verschiebt sich das Alter von Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes nach hinten. Im Wesentlichen kann der Aussage von Stephan Sievert folgend gesagt werden, dass demografische Trends in Deutschland früher eingesetzt und somit bestimmte Entwicklungen hier bereits ein fortgeschrittenes Stadium als in Russland erreicht haben. Davon ausgehend, lassen sich auch bestimmte Entwicklungstendenzen für die demografische Situation in Russland ableiten – etwa die absehbare Überalterung der Bevölkerung oder der anzunehmende weitere Rückgang der Geburtenrate durch häufigere Entscheidungen von Familien gegen Kinder – wie sie im folgenden Kapitel näher erläutert werden.

3. Veränderte Familien- und Lebensbilder

3.1 Deutschland

Für Irmgard Schewe-Gerigk ist die Emanzipation der Frau, die sich wesentlich in einer immer besseren Bildung der weiblichen Bevölkerung seit Mitte des 20. Jahrhunderts widerspiegelt, eine bedeutende Ursache für die demografischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte. Mit höherer Bildung verbesserten sich für Frauen auch die Möglichkeiten der beruflichen Selbstverwirklichung und des Aufstiegs. Da sich diese nur bedingt mit dem tradierten Rollenbild der Hausfrau und Mutter vereinbaren lassen, haben sich die Ansprüche von Frauen an Partnerschaft und Familie verändert. Von den Vätern ihrer Kinder oder ihren Partnern erwarten sie eine aktive Beteiligung bei den Aufgaben der Kindererziehung und Haushaltsführung. Finden sich Frauen nicht in einer gleichberechtigten Partnerschaft wieder, in der sie Familie und Beruf vereinbaren können, entscheiden sich immer mehr von ihnen gegen Kinder. Inzwischen bleibt jede dritte Frau in Deutschland kinderlos. Schewe-Gerigk zufolge wurden in einer Umfrage des deutschen Jugendinstituts die unterschiedlichen Vorstellungen von jungen Männern und Frauen bezüglich der Gestaltung der Partnerschaft deutlich. Demnach wünschen sich 80 Prozent der jungen Frauen eine Partnerschaft, in der beide Partner gleichberechtigt sind. Bei den jungen Männern waren dies nur 60 Prozent. Die übrigen 40 Prozent favorisieren eine Partnerschaft, in der die Frau die Kinder und den Haushalt versorgt und sie für das Einkommen der Familie verantwortlich sind. In diesen Zahlen wird deutlich, dass die Lebensbilder von Männern und Frauen sich nicht parallel entwickeln.

Dass aber auch Bewegung in die Haltung der Männer und Väter gekommen ist, wurde von Sabina Schutter vom Deutschen Jugendinstitut e.V. München bestätigt. Sie konstatierte einen Wandel von einem bürgerlich-patriarchalischem Vaterbild hin zu einer stärker involvierten, fürsorglichen Vaterrolle, die jedoch in einem Spannungsverhältnis zur traditionellen Männlichkeit steht. Ursache für diese Veränderung ist eine stärker konzentrierte Kernfamilie, in der Kinder für ihre Eltern eine hohe identitätsstiftende Rolle übernehmen. Eltern widmen sich viel stärker als früher den Erziehungs- und Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder. Der Wandel der Vaterrolle kann somit als Anpassung an die gestiegenen Anforderungen an die Elternschaft im Allgemeinen und die Vaterschaft im Speziellen betrachtet werden. Diese Entwicklung scheint allerdings noch an ihrem Anfang zu stehen, da eine neue Vaterrolle noch sehr undeutlich formuliert ist. Vielmehr herrscht das Bild eines spielenden Vaters vor,

der zwar mehr Zeit mit seinen Kindern verbringt, gleichzeitig aber nicht mehr Verantwortung in der Erziehung übernimmt. Von einer Gleichstellung der Geschlechter in Haushalt, Familie und Beruf sind Partnerschaften in Deutschland weiterhin weit entfernt.

3.2 Russland

Anna Temkina von der Europäischen Universität in St. Petersburg gab in ihrem Vortrag einen Einblick in die Entscheidungsmechanismen, die das Reproduktionsverhalten von Familien in Russland beeinflussen.² Sie erklärte, wie neue Möglichkeiten in der Berufswelt einerseits und die ungewisse wirtschaftliche Situation andererseits heute vielen Frauen in Russland die Rollen-Balance zwischen Berufs- und Familienwelt erschweren. Laut Temkina ist dies eine der bedeutendsten Ursachen für die niedrigen Geburtenraten. Die unterschiedlichen Wege, die Frauen dabei einschlagen, entstehen vor allem aus ihrer Selbstwahrnehmung und der Rollenverteilung zwischen ihnen und ihren Partnern. Temkina stellte zwei der in Russland am meisten verbreiteten „Genderverträge“ vor, die jedoch keine sich gegenseitig ausschließenden Modelle darstellen.

Gendervertrag 1: „Zwei Profis“

In diesem Gendervertrag lebt ein Paar vor der Geburt des Kindes oft unverheiratet zusammen. Beide Partner arbeiten, haben ähnliche Einkünfte und soziale Positionen. Sie tragen beide finanziell zum Haushalt bei und teilen die Aufgaben im Haushalt unter sich auf. Oftmals wird dafür externes Personal eingestellt. Die Paare achten auf ihre Verhütung, so dass die Entscheidung für ein Kind bewusst erfolgt. Mit der Geburt des Kindes und der damit aufkommenden Verantwortung wird das egalitäre Verhältnis etwas aufgebrochen und die Rollenaufteilung traditioneller: die Frau kümmert sich vor allem um das Kind, während der Mann bemüht ist, die Familie ausreichend finanziell zu versorgen. Gleichzeitig wird vom Mann eine aktive Anteilnahme an der Erziehung erwartet. Die Vaterrolle ist somit recht undefiniert, die Gewichtung zwischen Job und Familie bleibt unklar. Die Tatsache, dass in den meisten Fällen schließlich die Frauen den größten Teil der Kinderbetreuung übernehmen, hat neben den biologischen oft pragmatische Gründe: Männer verdienen in den meisten Fällen mehr als Frauen, so dass die Einkommenseinbußen im Fall eines Vaterschaftsurlaubes für die Familie höher wären. Bereits nach 4-6 Monaten kehrt die Frau in das Arbeitsleben zurück, um ihre Karriere fortzusetzen. Das Kind wird dann von Kindermädchen betreut. Obwohl sich die Paare oft 2-3 Kinder wünschen, bleibt es meist bei

² Den religiösen Diskurs hat Anna Temkina in ihrem Vortrag dabei bewusst ausgeklammert.

einem Kind aufgrund der Karrierewünsche der Frau und der Unvereinbarkeit dieser mit einer Großfamilie.

Gendervertrag 2: „Arbeitende Mutter“

Dieser Gendervertrag ist eine typische Form des Zusammenlebens in der russischen Mittelschicht und basiert auf sehr klaren Rollenzuschreibungen. Beide Partner sind erwerbstätig, wobei der Mann meistens ein höheres Gehalt bekommt. Im Haushalt gibt es eine strikte Aufgabenteilung, der Mann ist dabei nur der Helfer der Frau. Die erste Schwangerschaft ist meist erwünscht, aber nicht immer geplant. Temkina sprach in diesem Zusammenhang von „sowjetischer Verantwortungslosigkeit“ beim Verhütungsverhalten vieler Russen. Eine Abtreibung kommt jedoch nicht in Frage, das erste Kind wird vielmehr als eine „natürliche Gegebenheit“ wahrgenommen. Nach der Geburt übernimmt die Mutter größtenteils die Kindererziehung, wobei vom Vater Unterstützung und Beteiligung bei der Erziehung erwünscht wird. Aus finanzieller Notwendigkeit kehrt die Mutter unterschiedlich schnell zur Arbeit zurück. Bei der Kinderbetreuung wird auf staatliche Einrichtungen und ältere Verwandte gesetzt. Die Entscheidung für ein zweites Kind erfolgt bewusster und hängt vor allem von der finanziellen Situation der Familie ab. Auch solche Familien wünschen sich 2-3 Kinder. Die realistischere Option ist jedoch, dass es bei einem Kind bleibt.

Es ist auffällig, dass die Gesamtkinderzahl in beiden Fällen gleich bleibt. Im Gegensatz zu Deutschland, wo eine Entscheidung der Frau für die Karriere in den meisten Fällen einen Verzicht auf eigene Kinder bedeutet, bleibt Kinderlosigkeit in Russland eher unüblich. Unabhängig von der Art des Gendervertrags bleibt die Konvention bestehen, dass eine Frau mindestens ein Kind zur Welt bringen sollte. Zu Sowjetzeiten galten zwei Kinder als gesellschaftliches Ideal. Es wurde das Bild von „Superfrauen“ kultiviert, die Verantwortung für Familienplanung, Kindererziehung und Haushalt übernehmen und gleichzeitig erwerbstätig sind. Um diese Rollenbalance bewerkstelligen zu können, sind Frauen allerdings auf staatliche Hilfe oder Unterstützung durch die Verwandtschaft angewiesen. Der starke Rückgang von zur Verfügung stehenden Kinderbetreuungsplätzen und die Kommerzialisierung der Kinderbetreuung machen die Rollenbalance für Frauen heute schwieriger.

Als weiteres Problem neben den zeitlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen sich Familien bei ihrer Entscheidung für weitere Kinder konfrontiert sehen, nannten mehrere Referenten das schlechte Image von Vielkinderfamilien in Russland – sie werden unter anderem mit Armut und Ungebildetheit assoziiert. Natalia Karpovich, selbst Mutter von fünf Kindern, bedauerte diese Tatsache. Sie

gestaltete ihren Vortrag insgesamt sehr persönlich und erzählte von ihrem eigenen Familienglück und ihrer Selbstauffassung in erster Linie als Mutter und erst dann als erfolgreiche Karrierefrau: „Leben zu geben ist die größte Berufung einer Frau“. Seit Mitte der 2000er versucht die russische Regierung mit sozialen Kampagnen das Ansehen von Vielkinderfamilien zu erhöhen. Deren Umsetzung wird jedoch stark kritisiert. Ob das Imageproblem von Vielkinderfamilien bereits zu Sowjetzeiten oder früher bestand, darüber waren sich die Referenten uneinig.

Abbildung 10: Werbeplakate zur Erhöhung der Geburtenrate aus der ehemaligen UdSSR und von Mitte der 2000er



„Gehrt sei Heldin Mutter!“³



„Das Land braucht eure Rekorde. Jede Minute kommen in Russland 3 Menschen zur Welt“⁴

Bezeichnenderweise sind auf beiden Plakaten die Väter nicht zu sehen. In der Tat stellt die „schwindende Vaterschaft“ (Olga Isupova) ein großes Problem in der heutigen russischen Familienkultur dar. Natalia Karpovich betonte, dass die in der Gesellschaft verankerten Gender-Rollen bereits in der Kindheit geformt werden und wies auf die traditionell in der russischen Gesellschaft bestehenden Erziehungsklischees hin, die Mädchen eine Mutterschaft in Aussicht stellen, und kleine Jungs vom „Kosmonautendasein“ träumen lassen. Dies würde dazu führen, dass Väter in Russland in der Regel nicht dazu bereit seien die Verantwortung für ihre Kinder zu übernehmen. Anna Temkina sprach in diesem Zusammenhang von einer „stehengebliebenen Emanzipation“: Die Stärkung öffentlicher Frauenrollen habe nicht automatisch zu einer Intensivierung von privaten Männerrollen geführt.

³ <http://www.davno.ru/posters/1944/poster-1944c.html>

⁴ <http://www.pravmir.ru/komu-nuzhny-nashi-rekordy-%E2%80%93-o-neosvoennom-pole-sotrudnichestva-cerkvi-i-gosudarstva/>

Rima Sharifullina, Direktorin der Organisation für Arbeitsrechtsberatung *Egida* (St. Petersburg) warnte in diesem Zusammenhang vor einer unbedachten Propaganda traditioneller Familienbilder: Durch starre Festschreibungen der Mutter- und Versorgerrollen würden sich viele russische Männer stark unter Druck gesetzt fühlen. Laut Scharifullina ist dies eine der Hauptursachen für die hohe Scheidungsrate, den weit verbreiteten männlichen Alkoholismus und sogar die hohe Selbstmordrate bei Männern in Russland (Vgl. Abbildung 9). Gleichzeitig verursacht die ökonomische Abhängigkeit der Mütter von ihren Partnern laut Scharifullina oft Beziehungsprobleme, Depressionen und Familiengewalt, und trägt so zu einer hohen Scheidungsquote bei. Im Endeffekt sind Frauen dadurch noch häufiger auf sich allein gestellt und staatliche Unterstützung angewiesen.

Diese psychischen und physischen Belastungen gehören ebenfalls zu den Hauptgründen für die hohe Zahl von Abtreibungen (siehe Kapitel 5.2.2) und zur Adoption freigegebener Kinder. Zurückgelassene Kinder oder Kinder, deren Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, machten im Jahr 2008 80 Prozent der insgesamt 800.000 Waisenkinder in Russland aus.⁵ Laut Statistiken wird die Tat von Müttern oftmals wiederholt, so dass auch ihre nachfolgenden Kinder in Kinderheimen aufgezogen werden. Karpovich kritisierte, dass ein solches Vorgehen für biologische Eltern (insbesondere für die Väter) keinerlei Konsequenzen habe. Zudem trage eine geringe materielle Unterstützung der Adoptivfamilien bei gleichzeitig mangelnder qualifizierter Betreuung und Kontrolle durch Behörden dazu bei, dass adoptierte Kinder häufig in die Heime „zurückgegeben“ werden. Dadurch erfahren die Kinder eine weitere Traumatisierung und ihre Einbindung in die Gesellschaft wird zusätzlich erschwert. Dieses Problem wurde auch von anderen Referentinnen wie Olga Isupova und Rima Scharifullina angesprochen.

Zusammenfassung

Sowohl in Russland als auch in Deutschland haben sich verändernde Lebensbilder einen großen Anteil an den geschilderten demografischen Entwicklungen der Gesellschaft. Frauen distanzieren sich immer stärker von einer Idealisierung als Mutter und Hausfrau und streben vielmehr nach Erfüllung und Herausforderung in Beruf und Karriere. Wenn Kinder mit diesen Wünschen nicht zu vereinbaren sind, entscheiden sich Frauen und Familien immer häufiger gegen ein zweites oder drittes Kind, wie in Russland, oder gegen Kinder überhaupt, wie in Deutschland. Insbesondere in Russland ergibt sich in

⁵ http://tv.km.ru/stoit_li_uzhestochat_proceduru_

diesem Zusammenhang das Problem der hohen Abtreibungsquote und der sehr hohen Zahl der zur Adoption freigegebenen Kinder. Sehr unterschiedliche Trends sind in Russland und Deutschland bezüglich der Vaterrolle auszumachen. Während in Deutschland durch politische Instrumente auch die Väter stärker zur Beteiligung an der Kindererziehung animiert werden sollen und diesbezüglich auch einige Erfolge zu verzeichnen sind, hat die Familienpolitik in Russland die Väter scheinbar nicht im Visier. Insgesamt wird für beide Gesellschaften deutlich, dass die Frauen als diejenigen, die die Kinder zur Welt bringen, auch den größten Einfluss auf die zukünftigen demografischen Entwicklungen haben. Wenn sie weiterhin bei der Geburt von Kindern die größten Einschnitte hinnehmen müssen, kann den derzeitigen Entwicklungen nur schwer entgegengewirkt werden.

4. Maßnahmen der Familien- und Sozialpolitik und Probleme bei deren Umsetzung

4.1 Deutschland

In Deutschland gibt es seit vielen Jahren verschiedene Maßnahmen zur Förderung von Familien. Unterscheiden lassen sich auf der einen Seite Transferzahlungen wie Kinder- und Elterngeld. Auf der anderen Seite gibt es steuerliche Regelungen wie das „Ehegattensplitting“ und den Kinderfreibetrag. Durch das Mutterschutzgesetz gewährleistet der deutsche Gesetzgeber berufstätigen Müttern vor und nach der Geburt eines Kindes besonderen Schutz z.B. vor Kündigung und Einkommensminderung. Der Mutterschutz beträgt mindestens 14 Wochen und gilt ab der 6. Woche vor dem Geburtstermin bis 8 Wochen danach.⁶ Finanziell sind die Mütter während dieses Zeitraums durch das Mutterschaftsgeld abgesichert, welches durch die Krankenkassen ausgezahlt wird. Mit der Geburt des Kindes setzen verschiedene staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und Familien ein.

Die Zahlung von **Kindergeld** geht bis in die 1930er Jahre zurück und wurde zunächst als Unterstützung für Großfamilien ab dem fünften Kind gezahlt. Seit 1975 gibt es das Kindergeld bereits für das 1. Kind einer Familie.⁷ Nach verschiedenen Erhöhungen gelten seit Anfang 2010 folgende Sätze: 184,- Euro für das 1. und 2. Kind, 190,- Euro für das 3. Kind und 215,- Euro für jedes weitere Kind.⁸ Das Kindergeld wird monatlich für Kinder bis zum 18. Lebensjahr gezahlt. Über das 18. Lebensjahr hinaus wird Kindergeld für sich in Ausbildung befindende junge Erwachsene gezahlt, jedoch nicht länger als bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Zudem verlängert sich der Kindergeldbezug um die Dauer von Wehr- und Zivildienst. Damit ist das Kindergeld eine vom Einkommen der Eltern unabhängige Leistung, die gleichermaßen für jedes Kind gezahlt wird.

Eine nach dem Einkommen der Eltern bemessene Leistung ist das 2007 eingeführte **Elterngeld**, von dem sich die initiierenden Politiker allgemein einen Anstieg der Geburtenzahlen erhofften. Insbesondere sollte der Kinderwunsch gut ausgebildeter Paare unterstützt werden, für die die Geburt eines Kindes oft mit einer erheblichen Einkommensminderung und/oder einem Karriereknick der Mütter einher geht. Anspruch auf das Elterngeld haben beide Elternteile. Es kann maximal für 14 Monate gezahlt werden, wenn sich beide

⁶ <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gesetze,did=3264.html>.

⁷ <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Ministerium/geschichte.html>.

⁸ <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=31470.html>.

Elternteile an der Kinderbetreuung beteiligen. Bedingung dafür ist, dass die Kinderbetreuung durch einen Elternteil für mindestens zwei Monate erfolgt. Die Monate der Kinderbetreuung durch beide Partner können sich auch überschneiden. Auch ist eine Verlängerung der Auszahlungszeit auf 24 Monate möglich, bei gleicher Gesamtauszahlungssumme. Als Berechnungsgrundlage gilt das Durchschnittseinkommen der zwölf vor der Geburt liegenden Monate des jeweiligen Elternteils. Von diesem werden für den Zeitraum der Kinderbetreuung 66 Prozent gezahlt. Eine Teilzeitbeschäftigung von maximal 30 Stunden in der Woche ist mit der Zahlung des Elterngeldes vereinbar, dann erzielt Einkommen wird entsprechend verrechnet. Während der Elternzeit besteht Kündigungsschutz. Sabina Schutter hat angemerkt, dass mit dieser Regelung auf den Wandel der Rollenbilder eingegangen wurde, indem die maximale Förderung an die Beteiligung der Väter gebunden wurde. Der Erfolg des Elterngeldes hinsichtlich der Förderung von Elternschaft von Akademikern und Besserverdienenden und der Erhöhung der Geburtenzahlen wird sehr skeptisch gesehen, wenn nicht sogar, wie durch Irmgard Schewerig, verneint. Sie hat ebenfalls angemerkt, dass in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise durch Sparzwänge der Regierung eine Rückbesinnung auf tradierte Familienmodelle bewirkt wurde.

Neben den Transferzahlungen gibt es in Deutschland für Eltern auch steuerliche Vorteile. Mit dem **Ehegattensplitting** sollen verheiratete Paare mit gleichem Familieneinkommen, die sich unterschiedlich aus den Einzeleinkommen der Ehepartner zusammensetzen, auch gleich besteuert werden. Durch die gemeinsame steuerliche Veranlagung der Ehepartner werden insbesondere große Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommen ausgeglichen, was somit zu einem steuerlichen Vorteil gegenüber der getrennten Veranlagung der Einzeleinkommen führt. Der Steuervorteil vergrößert sich zum Einen mit wachsendem Unterschied zwischen den Einzeleinkommen und gleichzeitig mit steigendem Einkommen des Mehrverdieners der Familie. Das heißt, dass der maximale Splittingvorteil dann erreicht wird, wenn es in der Familie einen Alleinverdiener mit vergleichsweise hohem Einkommen gibt⁹. Mit dem **Kinderfreibetrag** bei der steuerlichen Veranlagung ihres Einkommens können Familien ebenfalls steuerliche Vorteile erzielen. Dabei müssen sie sich entweder für die Zahlung des oben aufgeführten Kindergeldes oder die Geltendmachung des Kinderfreibetrages bei der Steuererklärung entscheiden. Welche Variante für eine Familie vorteilhafter ist, hängt von der jeweiligen Höhe des Familieneinkommens ab.

⁹ www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=108442.html.

Wesentlicher Kritikpunkt am Ehegattensplitting ist, dass es die Erwerbslosigkeit eines Ehepartners, in der Realität zumeist der Ehefrau, begünstigt. Diese Tatsache und die Festlegung, dass nur verheiratete Paare von der gemeinsamen Veranlagung ihrer Einkommen Gebrauch machen können, macht die Unangepasstheit des Ehegattensplittings an die heutigen Familienmodelle deutlich. Zusätzlich nimmt die steuerliche Entlastung durch den Kinderfreibetrag bei steigender Kinderzahl ab, womit wiederum kinderlose Ehepaare begünstigt werden. Ein weiterer starker Kritikpunkt ist die große Unübersichtlichkeit der steuerlichen Regelungen sowie die bestehende Benachteiligung von nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft.

4.2 Russland

In Russland haben im Bereich der Familien- und Sozialpolitik in den letzten Jahren beachtenswerte Veränderungen stattgefunden. Die Duma-Abgeordnete Natalia Karpovich schilderte, wie sich die Politik nach der Perestrojka vor allem nach außen richtete, interne Probleme seien dabei lange Zeit vernachlässigt worden. Heute hat die russische Regierung die Probleme, die sich aus den beschriebenen aktuellen demografischen Entwicklungen ergeben, erkannt und auf diese mit der Einführung mehrerer gesetzlicher Maßnahmen zur Stärkung von Familien reagiert. Insbesondere lobte Karpovich das im Jahr 2007 eingeführte „Mutterschaftskapital“, das sie als eine zusätzliche staatliche Sicherheitsleistung für Familien und gelungene Maßnahme zur Geburtenstimulierung bezeichnete.

4.2.1 Föderale Maßnahmen

Einen ausführlichen Überblick über die einzelnen staatlichen Maßnahmen zur Geburtenförderung gab Olga Isupova in ihrem Vortrag. Die von ihr geschilderten Regelungen bilden eine wichtige Grundlage für die gesamte Demografie-Debatte in Russland und werden daher an dieser Stelle zusammenfassend aufgeführt.

Ähnlich dem Mutterschaftsurlaub in Deutschland gibt es in Russland einen bezahlten **Schwangerschaftsurlaub**. Ab der 26. Schwangerschaftswoche ist der Arbeitgeber verpflichtet 70 Tage vor und 70 Tage nach der Geburt Beträge in Höhe des jährlichen Durchschnittseinkommens an die Mutter auszus zahlen. Die Höchstgrenze beträgt dabei 160.000 Rubel (ca. 4.000 Euro). Im Jahr 2010 betrug die maximale Höhe dieser Auszahlungen ca. 34.500 Rubel (ca. 865,- Euro).

Mit der Geburt eines Kindes wird außerdem ein **einmaliges Geburtsgeld** Betrag ausgezahlt. Im Jahr 2010 waren es ca. 11.000

Rubel (275 Euro). Dieses Geld wird, ebenso wie die Leistungen während des Schwangerschaftsurlaubs, durch die Arbeitgeber ausgezahlt, die es wiederum aus dem staatlichen Sozialfonds zurückerstattet bekommen. Zudem kann eine Frau bei einer frühzeitigen Anmeldung zu pränatalen Vorsorgeuntersuchungen mit der gleichzeitigen Auszahlung eines Sonderzuschusses rechnen, der im selben Jahr ca. 410 Rubel (ca. 10,- Euro) betragen hat. Um eine medizinische Betreuung während der Schwangerschaft und in den ersten Monaten nach der Geburt zu unterstützen, gibt es außerdem sogenannte Geburtszertifikate. Diese Subventionen sind für die Bezahlung medizinischer Leistungen während der Schwangerschaft und der Geburt vorgesehen. Sie können ab der 30. Schwangerschaftswoche ausgezahlt werden. Im Jahr 2008 setzte sich die Summe wie folgt zusammen: 3.000 Rubel (ca. 75 Euro) für medizinische Leistungen während der Schwangerschaft und 6.000 Rubel (ca. 150 Euro) bei der Geburt, je 1.000 Rubel (ca. 25 Euro) sind für die Kinderpoliklinik während der ersten sechs Monate und die Bezahlung der medizinischen Beobachtung des Kindes im zweiten halben Jahr nach der Geburt vorgesehen. Bringt eine Mutter gleich mehrere Kinder zur Welt, so hat sie Anspruch auf diese finanziellen Leistungen für jedes einzelne Kind. Eine (partielle) Kostenerstattung ist bei medizinischer Betreuung in privaten Gesundheitseinrichtungen nicht möglich, was sich im Hinblick auf die oft mangelhafte Qualität der staatlichen Gesundheitseinrichtungen durchaus als Problem erweist.

Die meist diskutierte staatliche Maßnahme zur Geburtenförderung im Rahmen der Tagung war das im Jahr 2007 eingeführte „**Mutterschaftskapital**“. Hierbei handelt es sich um eine Subvention, die Mütter drei Jahre nach der Geburt (oder Adoption) ihres zweiten oder darauf folgenden Kindes erhalten. Im Jahr 2010 handelte es sich dabei um ca. 340.000 Rubel (ca. 8.500 Euro) pro Kind. Dieses Geld kann ausschließlich für drei vorgeschriebene Bereiche ausgegeben werden: zur Verbesserung der Wohnsituation, zur Bildung des Kindes oder als Ansparung für die Arbeitsrente der Mutter. Seit 2009 ist es außerdem möglich, noch vor dem dritten Geburtstag des Kindes dieses Geld für Hypothekenrückzahlungen zu nutzen oder auch eine einmalige Auszahlung von 12.000 Rubel (ca. 300 Euro) direkt nach der Geburt des Kindes zu erhalten.

Von einem Elternteil kann für bis zu drei Jahre **Erziehungsurlaub** beantragt werden. Allerdings nehmen nur 2 Prozent der Väter diese Option wahr. Berufstätige erhalten 40 Prozent des durchschnittlichen monatlichen Einkommens, das sie 12 Monate vor dem Erziehungsurlaub erhalten haben. Diese Subventionen werden sowohl für eigene als auch für adoptierte Kinder bis zum 18. Lebensmonat ausgezahlt. Die Obergrenze beträgt ca. 14.000 Rubel (ca.

350 Euro). Für Eltern, die im Zuge der Auflösung eines Unternehmens entlassen wurden, sind es ca. 8.200 Rubel (ca. 206 Euro). Für Arbeitslose beträgt die Höhe der Subventionen ca. 2.000 Rubel (ca. 50 Euro) für das erste Kind und ca. 4.100 Rubel (ca. 103 Euro) für jedes nachfolgende Kind. Liegt das Einkommen der Familie unter dem Existenzminimum, so können über den 18. Lebensmonat hinaus bis zum 16. Lebensjahr monatliche Zuschüsse ausgezahlt werden. Befindet sich das Kind in Ausbildung, so gilt diese Regelung bis zum 18. Lebensjahr. Das Existenzminimum und somit die Höhe der Beträge und die Art und Weise ihrer Auszahlung wird regional bestimmt. Kinder aus unvermögenden Familien (Kinder von alleinerziehenden Müttern, Armeeangehörigen oder Unterhaltsverweigerern) bekommen höhere Zuschüsse.

Die von Eltern selbst zu zahlenden **Gebühren für staatliche und kommunale Bildungseinrichtungen** dürfen nicht 20 Prozent (oder 10 Prozent im Falle von Familien mit drei oder mehr Kindern) der für die Einrichtung pro Kind anfallenden Kosten überschreiten. Der restliche Betrag wird durch den Staat subventioniert. Zudem haben Eltern das Recht auf eine partielle Rückerstattung dieser Gebühren: 20 Prozent beim ersten Kind, 50 Prozent beim zweiten Kind und 70 Prozent bei jedem weiteren Kind.

4.2.2 Regionale Maßnahmen am Beispiel der Region Uljanowsk

Zusätzlich zu den geschilderten föderalen Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung von Müttern und Familien gibt es regionale Programme. Die regionale Umsetzung politischer Maßnahmen zur Verbesserung der demografischen Lage stellte beispielhaft Elena Gerasimova, Mitglied der Kommission für Sozial- und Demografiepolitik der Region Uljanowsk¹⁰, vor. Seit Anfang 2009 gibt es in der Region Uljanowsk geringe **einmalige Zuschüsse** bei der Geburt eines Kindes: 1.110 Rubel (ca. 27 Euro) beim ersten Kind, 2.000 Rubel (ca. 50 Euro) beim zweiten Kind und 3.000 Rubel (ca. 74 Euro) beim dritten Kind. Zur finanziellen Unterstützung von Großfamilien führte die Region Uljanowsk als eine der ersten Regionen Russlands 2008 ein Äquivalent zum Mutterschaftskapital auf regionaler Ebene ein. Zunächst wurden die Subventionen erst ab dem dritten Kind und nur an junge Mütter, die das 35. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, ausgezahlt. Das Geld war dabei, ähnlich wie beim Mutterschaftskapital, für die Verbesserung der Wohnsituation und Bildung vorgesehen. Im Rahmen einer Reform wurden im Oktober 2010 die altersbezogenen Einschränkungen abgeschafft und die Einsatzmöglichkeiten erweitert. Das Geld kann nun auch für

¹⁰Die Stadt Uljanowsk, Hauptstadt der Region Uljanowsk, liegt ca. 400 km östlich von Moskau.

medizinische Zwecke oder Renovierungsarbeiten ausgegeben werden. Bereits ab dem zweiten Kind haben Familien nun einen Anspruch auf 50.000 Rubel (ca. 1.200 Euro), 100.000 Rubel (ca. 2.450 Euro) gibt es beim dritten Kind und bis zu 700.000 Rubel (ca. 18.000 Euro) bei der Geburt des siebten Kindes. Außerdem erhalten Großfamilien 50 Prozent Rabatt auf kommunale Dienstleistungen.

Gerasimova schilderte, wie in der Region Unternehmen in die Maßnahmen zur Geburtenförderung eingebunden werden. So gibt es Vereinbarungen zwischen der Regionalregierung und 43 ansässigen Unternehmen über monatliche Auszahlungen an Mütter von Kleinkindern, die sich im Erziehungsurlaub befinden. Für kinderreiche Familien werden Rabatt-Aktionen organisiert und jährlich wird „Das beste Unternehmen für arbeitende Mütter“ ausgezeichnet. Einen weiteren Schwerpunkt bilden **Motivationskampagnen** zur Familiengründung und zur Geburt von Kindern. So gibt es unterschiedliche Auszeichnungen für kinderreiche Eltern: Neben dem bereits seit 1944 existierenden „Orden des Mutterruhmes“ (für Mütter von mehr als fünf Kindern) wird in der Region seit 2009 am Vatertag der „Orden des Vatterruhmes“ (für alleinerziehende Väter) verliehen. Jährlich werden Familien im feierlichen Rahmen mit einer Prämie von 50.000 Rubel (ca. 1.230 Euro) in den Kategorien „Dynastie“, „Perfektion“, „Bewältigung“ (für Familien mit behinderten Kindern), „Adoptivfamilie“ und „Vielkinderfamilie“ ausgezeichnet. 2005 wurde das Projekt „Gebär einen Patrioten“ vom Gouverneur der Region Uljanowsk Sergej Morosow ins Leben gerufen. Am 12. Juni, dem russischen Nationalfeiertag, besuchen Vertreter der Regionalregierung Entbindungsstationen, gratulieren jungen Familien und teilen Geschenke aus. Als Hauptpreis gibt es ein Auto. Ob solche Maßnahmen tatsächlich der richtige Weg bei der angestrebten Geburtenförderung ist, sei dahingestellt. Ob eine Verknüpfung von Maßnahmen zur Unterstützung von Familiengründungen und zur Geburtensteigerung mit patriotischen Parolen tatsächlich den Zweck erfüllt und überhaupt angebracht ist, scheint mehr als fragwürdig.

Elena Gerasimova resümierte ihren Vortrag mit einem positiven Ausblick. Den derzeitigen Anstieg der Geburtenrate und Rückgang der Sterblichkeitsrate bewertet sie als Zeichen einer gelungenen demografischen Politik. In der Tat wird die Umkehrung der Tendenz zum Bevölkerungsrückgang im Jahr 2009 in Russland offiziell als Verdienst der aktiven Bevölkerungspolitik der letzten Jahre dargestellt. Wissenschaftler warnen jedoch vor voreiligen Schlüssen. Viktoria Sakevich erklärte, dass eine eindeutige Bewertung der erst 2007 begonnenen aktiven Familien- und Sozialpolitik nach einer so kurzen Zeit noch nicht möglich sei, da die demografische

Entwicklungsdynamik von zu vielen unterschiedlichen Faktoren abhängt (vgl. Kapitel 2.2).

4.2.3 Realisierung regionaler und föderaler Maßnahmen am Beispiel der Republik Kalmückien

Ein Einblick in eine weitere Region Russlands wurde von Basan Zakharov, dem ehemaligen Minister für Jugend, Tourismus und Sport der Republik Kalmückien gegeben. Er berichtete von der Umsetzung föderaler und regionaler Maßnahmen vor Ort und bewertete sie, ausgehend unter anderem von seiner eigenen Erfahrung als Vater von drei Kindern.

Die einmalige Auszahlung des **Geburtsgeldes** von ca. 11.000 Rubel (275 Euro; siehe Kapitel 4.2.1) schätzte Zakharov als ausreichend für den Erwerb der notwendigen Kinderutensilien (Kinderwagen, Kinderbett usw.) ein. Die Angemessenheit der Höhe des **Kindergeldes** hängt jedoch stark von dem Gesamteinkommen der Familie und dem Preisniveau in der jeweiligen Region ab. Aus eigener Erfahrung nannte Zakharov 7.000 Rubel (172 Euro) als die Durchschnittsumme der Kosten, die monatlich pro Kind entstehen (Essen, Kindergarten usw.). Zwar haben die Familien Anspruch auf die teilweise Rückerstattung der **Kindergartengebühren**. Viele Kindergärten verlangen aber zusätzlich sogenannte „Sponsorengelder“ von den Eltern für den Kindergartenbedarf. Diese können ca. 3.000 Rubel (75 Euro) bei der Einschreibung und dann 3.000-6.000 Rubel (75-150 Euro) pro Jahr betragen. Ebenfalls müssen Eltern zusätzliches Geld etwa für Renovierungen von Schulen aufbringen.

Die Wohnnebenkosten allein können 1.000-4.000 Rubel im Monat betragen (25-100 Euro), in Mietwohnungen ist der Betrag entsprechend höher.¹¹ Für Großfamilien (dieser Status erhalten Familien mit drei und mehr Kindern) werden 30 Prozent der Nebenkosten vom Staat übernommen. Für die Familie von Zakharov bedeutet dies konkret einen monatlichen Zuschuss von bis zu 1.500 Rubel (37 Euro). Für Schulessen gibt es außerdem monatliche Subventionen in Höhe von 500 Rubel (12 Euro). Auch Ferien in Sanatorien oder Kinderlagern und die Fahrtkosten dorthin werden subventioniert. Trotz dieser unterstützenden Maßnahmen haben es besonders alleinerziehende Mütter schwer, mit dem monatlichen Geld auszukommen, während Familien mit arbeitenden Vätern von dem Kindergeld die notwendigsten Ausgaben decken könnten, resümierte Zakharov. Hinzu kommt, dass das Kindergeld nach 1,5 Jahren stark gekürzt wird. Alleinerziehende Mütter bekommen dann durchschnittlich 200 Rubel je

¹¹ Die meisten Russen leben in Eigentumswohnungen, die sie im Laufe der Privatisierung Anfang der 1990er Jahre kostenlos erwerben konnten. Der Mietwohnungsmarkt ist in Russland im Vergleich zu Deutschland stark unterentwickelt.

Kind (5 Euro) und Familien lediglich 100 Rubel je Kind (2,5 Euro). Die Regionen haben dabei das Recht, zusätzliche finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen. In der Republik Kalmückien ist dies nicht der Fall. Zakharov berichtete auch von Problemen bei der Realisierung des föderalen Programms „Zhilische“ („Wohnstätte“), welches die Vergabe von Wohnungen an junge Familien vorsieht. Dieses Programm hat keinen Gesetzesstatus, so dass, laut Zakharov, eine tatsächliche Wohnungsvergabe eher eine Ausnahme bleibt. Ebenso problematisch ist die Realisierung einer anderen Regelung, nach der junge Familien ohne Eigentumswohnung 40 Prozent der Kosten für den Erwerb einer neuen Wohnung (ausgehend von 18m² pro Person) zurückerstattet bekommen sollen. Im Jahr 2010 haben in Elista, der Hauptstadt der Republik Kalmückien, nur ca. 100 Familien dieses Geld ausgezahlt bekommen, obwohl über 500 Familien in der Warteliste stehen. Vorrang bei diesen Subventionen haben dabei Familien, die bis 2005 offiziell als bedürftig anerkannt wurden.

Als einzige halbwegs gelungene Maßnahme bezeichnete Zakharov das **Mutterschaftskapital**: „Erstmals gibt es eine ernst zu nehmende Maßnahme zur Geburtenstimulierung“. Gleichzeitig kritisierte Zakharov die starre Festlegung der Ausgaben, die mit diesem Geld gedeckt werden können. Diese Tatsache ließe nicht immer eine effiziente Verwendung dieses Geldes zu: Es sei beispielsweise nicht möglich, das Geld zum Kauf von Kleidung oder Hausgeräten zu nutzen oder es in eine Wohnungsrenovierung zu investieren.¹² Interessanterweise äußerten mehrere Referenten die Idee, dass die Ermöglichung einer Verwendung des Mutterschaftskapitals zur Gründung von Familienunternehmen eine langfristige finanzielle Sicherheit für die Familien schaffen könnte und somit sinnvoll sei. Beim Kauf einer Wohnung ist dieses Geld keine ausreichende Stütze, womit Zakharov in dieser Hinsicht der Dumaabgeordneten Natalia Karpovich widersprach. Auch einen Kredit zum Erwerb von Wohneigentum können Familien mit geringem Einkommen nicht aufnehmen. Das bedeutet, dass arme Familien dieses Geld nicht für einen Wohnungskauf nutzen. Gleichzeitig können und wollen nicht alle Kinder studieren, so dass dieses Geld von ihnen im Endeffekt ausschließlich in Renten investiert werden kann. Diese Konzeptionsschwäche führt laut Zakharov dazu, dass das Mutterschaftskapital in erster Linie nur von Familien mit ohnehin guten Einkünften gut genutzt werden kann.

¹² Dieser Punkt wurde mittlerweile geändert: Am 27.10.2010 wurde ein Regierungsbeschluss veröffentlicht, der die Ausgabe von Mutterschaftskapital für Renovierungsarbeiten und eigenständiges Bauen regelt. Ständig aktualisierte Informationen und Kommentare zum Mutterschaftskapital können hier eingesehen werden: <http://www.rg.ru/sujet/2778.html>

Insgesamt fiel das Urteil der Referenten über die Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate skeptisch aus. Viktoria Sakevich bezweifelte generell, dass politische Maßnahmen einen bedeutenden Einfluss auf die reproduktiven Wünsche der Bevölkerung haben können. Es stellt sich also die Frage, ob ein Staat überhaupt in der Lage ist, Einfluss auf die Geburtenrate zu nehmen. Der Versuch, ausschließlich durch finanzielle Förderung Einfluss auf die Geburtenrate zu nehmen, könne nicht erfolgreich sein: „Nicht mal der reichste Staat der Welt hat so viel Geld, um den Eltern alle ihre Ausgaben zurückzuzahlen, insbesondere im Kontext der Finanzkrise“ (Isupova). In Russland erreicht heute die Höhe der Zahlungen Kinder und Familien nirgendwo die Höhe des Durchschnittseinkommens. Die aktuelle Sozialpolitik könne also die finanziellen Probleme der Menschen nicht lösen, so dass die Eltern am Ende doch auf eigene Kräfte angewiesen sind. In diesem Zusammenhang stellte Olga Isupova einen spannenden regionalen Vergleich vor: Offensichtlich scheint es in Russland keinen direkten Zusammenhang zwischen der Entscheidung für weitere Kinder nach der ersten Geburt und der Höhe der finanziellen Unterstützung zu geben. So ist in der Republik Inguschetien die Geburtenrate mit fast 2 Kindern je Frau deutlich höher als in der Region Magadan (ca. 1,3 Kinder je Frau), wo das Kindergeld mehr als das 1,5-fache beträgt. Isupova argumentierte damit, dass es vielmehr bestimmte kulturell etablierte Familienwerte sind, die diese Entscheidungen der Frauen beeinflussen.

4.2.4 Diskriminierung von Frauen

Die meisten Referenten waren sich darüber einig, dass in Russland grundlegende gesellschaftliche Probleme wie die Defizite im Arbeitsrecht oder dem Gesundheitswesen, aber auch bestimmte in der Mentalität wurzelnden Einstellungen, angegangen werden müssen. Rima Scharifullina machte in ihrem Vortrag auf eine ganze Reihe von Problemen aufmerksam, mit denen insbesondere alleinerziehende junge Mütter in Russland konfrontiert werden. Ca. 30 Prozent aller Mütter in Russland waren 2008 alleinerziehend.¹³ Häufig erhalten diese Frauen keine finanzielle Unterstützung durch die Väter der Kinder. Gleichzeitig können sie ihre Ausgaben auch nicht durch die staatlichen Beihilfen decken, so dass sie auf eigene Kräfte angewiesen sind.

Viele Probleme ergeben sich aus den Auszahlungsmodalitäten der Leistungen während des Schwangerschaftsurlaubs (siehe Kapitel 4.2.1). Zwar gibt es einen staatlichen Sozialfond, aus dem die Unterstützung finanziert wird, allerdings erfolgt die Auszahlung an die Mütter nicht durch eine staatliche Stelle, sondern durch die jeweiligen

¹³ http://www.familycommittee.ru/novosti_025.html

Arbeitgeber, die wiederum ihre Auslagen vom Staatsfond zurückerhalten. Das stellt die betroffenen Frauen in direkte Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern, die ihre Pflichten oftmals schlicht nicht erfüllen. Alleinerziehende Mütter sind davon besonders hart getroffen, da sie keine finanzielle Sicherheit durch den Vater der Kinder erhalten. Laut Scharifullina haben die meisten von ihnen aus finanziellen Gründen und knappen zeitlichen Ressourcen keinen Zugang zu qualifiziertem Rechtsschutz. Stattdessen wenden sie sich an die staatliche Arbeitsinspektion oder die Staatsanwaltschaft. Nach viel zu langen Bearbeitungszeiten bekommen die Frauen meist lediglich eine Empfehlung, sich an ein Gericht zu wenden. Weder wird der Arbeitgeber zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen¹⁴ noch leitet die Staatsanwaltschaft ein Gerichtsverfahren ein.¹⁵ Findet ein Gerichtsverfahren dennoch statt, kann es sich bis zu einem Jahr hinziehen.¹⁶ Diese Zeit nutzen viele Angeklagte, um ihr Geschäft an Strohmänner zu verkaufen oder um den kompletten Unternehmensbesitz an neu gegründete Firmen zu überführen, so dass zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung der Verantwortliche entweder verschollen oder besitzlos ist. Der staatliche Sozialfonds, der für die Kompensation der Ausgaben der Arbeitgeber aufkommen soll, verweigert in solchen Fällen eine direkte Auszahlung an die betroffenen Frauen. Gleichzeitig beklagen die Arbeitgeber die Langwierigkeit und das komplizierte bürokratische Verfahren der Kompensationszahlungen durch den Sozialfonds, was sie daran „hindern“ würde, die Rechte der Frauen einzuhalten. Direkte Auszahlungen der Gelder aus dem Sozialfonds könnten dieses Problem lösen, so Rima Scharifullina.

Ein weiterer Missstand besteht in der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz. Dieses Problem ist in Russland schwer fassbar. Nach einer Umfrage von *Egida* nehmen die Betroffenen selbst Diskriminierung oftmals nicht als solche wahr:

„Das Problem der Frauendiskriminierung wird verschwiegen, Frauen sind über Gender-Fragen nicht aufgeklärt, sie nehmen die Begrenztheit ihrer Möglichkeiten als einen natürlichen Zustand wahr. Die russische Öffentlichkeit sieht in der Frau die alleinige Verantwortliche für die Kindererziehung, wodurch sie automatisch keine vollwertige Arbeitskraft mit einem entsprechenden Verdienst sein könne.“ (Sharifullina)

Junge Mütter und auch Familienväter werden ungern eingestellt. Viele Arbeitgeber nutzen die Wirtschaftskrise als Vorwand, um

¹⁴ Art. 145, 145-1 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation

¹⁵ Art. 45 Zivilprozessordnung der Russischen Föderation: Schutz der Rechte und Interessen von Schwangeren oder von Frauen, die Kleinkinder im Alter bis zu 3 Jahren erziehen

¹⁶ Die gesetzliche Frist beträgt 1 Monat bei Wiedereinstellungsverfahren und 2 Monate in allen übrigen Arbeitsstreitfällen

Schwangere und Frauen im Erziehungsurlaub gesetzeswidrig ohne Abfindungen zu entlassen. Ein gerichtliches Vorgehen gestaltet sich auch in diesen Fällen schwierig, da es in Russland keine rechtlich bindende Definition von Diskriminierung gibt:

„Wir versuchten, die Diskriminierung der betroffenen Frauen nachzuweisen und Abfindungen von den Arbeitgebern zu verlangen – vergeblich. In 100 Prozent der Fälle kam eine Ablehnung. Man wird in den Gerichten nur ausgelacht.“ (Sharifullina)

Die Zahlen, die Sharifullina in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Arbeitsrechtsberaterin nannte, sind eindrucksvoll: 900 Anfragen zum Arbeitsschutzrecht sind bei *Egida* allein im Zeitraum vom 1. Juni 2009 bis 1. Juni 2010 eingegangen. Zwei Drittel der Anfragen kamen von Frauen. In nur vier Monaten, vom 1. Juni 2010 bis 1. Oktober 2010, wendeten sich 56 Frauen an *Egida*, die die gesetzlich vorgeschriebenen Auszahlungen durch den Arbeitgeber nicht erhalten haben oder ihren Arbeitsplatz aufgrund ihrer Schwangerschaft oder die Geburt eines Kindes verloren haben. Scharifullina illustrierte diese Zahlen anhand von mehreren Fallbeispielen. An dieser Stelle wollen wir einen Fall wiedergeben:

Irina Rumjanzewa - Personalmanager im Unternehmen „Fashion“

- **Dezember 2007** – Irina Rumjanzewa geht in den Erziehungsurlaub
- **September 2008** – ihr Arbeitgeber stellt die Auszahlung des monatlichen Kindergeldes ein
- Der gesamte Besitz und das komplette Personal des Unternehmens „Fashion“ wird in das Unternehmen „BTK“ überführt – bis auf Irina Rumjanzewa und weitere 20 Frauen, die sich zu dem Zeitpunkt im Erziehungsurlaub befanden.
- Irina Rumjanzewa wendet sich an die Arbeitsinspektion und bekommt die Empfehlung, sich an das Gericht zu wenden
- Da ihr das notwendige Geld für einen Anwalt fehlt, ist Irina auf eine kostenfreie juristische Unterstützung (durch *Egida*) angewiesen
- **Januar 2009** – Rumjanzewa geht vors Gericht. Ihre Forderungen sind:
 - Auszahlung des Kindergeldes
 - Auszahlung einer Abfindung für die verspätete Auszahlung
 - Anerkennung der stattgefundenen Diskriminierung und eine Entschädigungszahlung
- **April 2009** erfolgt die gerichtliche Anerkennung aller Klagen, bis auf die Anerkennung der Diskriminierung
- Das Vollstreckungsverfahren dauert fast 9 Monate, da das Unternehmen nicht mehr existiert
- Erst **Ende 2009** gelingt es den Gerichtsvollziehern den Arbeitgeber zur Auszahlung eines Teils des Geldes zu zwingen
- Die Auszahlung der restlichen Summe wird für unmöglich befunden
- Irina Rumjanzewa wendet sich mit einer Gerichtsklage zur Auszahlung des restlichen Geldes an den Staatsfonds der Sozialversicherung
- Die Klage wird abgelehnt mit der Begründung, dass solche Klagen nicht vom Gericht behandelt werden



Zusammenfassung

Es ist deutlich geworden, dass sowohl in Russland als auch in Deutschland unterschiedliche Maßnahmen zur Unterstützung von Familien vorhanden sind. Sehr wichtige Regelungen sind der Mutterschutz und die finanzielle Absicherung der Mütter in den Wochen vor und nach der Geburt, die in beiden Ländern gegeben sind. Dabei existieren in Russland allerdings erhebliche Defizite hinsichtlich der Auszahlungsregelungen. Auch gibt es ähnliche Ansätze, um die Geburtenzahlen zu erhöhen, wie das sogenannte „Mutterschaftskapital“ in Russland und das Elterngeld in Deutschland. Mit diesen Maßnahmen wurden erste Schritte unternommen, um die Rahmenbedingungen den geänderten Bedürfnissen der Familien anzupassen. Deutlich geworden ist aber auch, dass es noch weiterer Anpassungen und weiterer Maßnahmen darüber hinaus bedarf. Im Verlauf der Tagung wurden immer wieder konkrete Forderungen und Verbesserungsvorschläge an die Politik geäußert.

5. Forderungen an die Politik

5.1 Deutschland

Aus der obigen Schilderung der familienpolitischen Maßnahmen lässt sich bereits die Forderung ableiten, dass es in Deutschland eines übersichtlicheren Systems von Fördermaßnahmen und einer Überarbeitung bestehender Instrumente wie des Ehegattensplittings bedarf. Konkretere Forderungen sind von Irmgard Schewe-Gerigk und Sabina Schutter formuliert worden. Schewe-Gerigk betonte, dass die Politik gefordert ist, die Unterstützung für Familien nicht an einem Modell zu orientieren, sondern die Rahmenbedingungen für Familien so zu gestalten, dass sich individuelle Lebensentwürfe gleichermaßen verwirklichen lassen. Die Aufgabe des Staates besteht nach Ansicht von Schewe-Gerigk nicht darin, die Geburtenrate zu erhöhen, sondern Menschen mit einem Kinderwunsch darin zu unterstützen, diesen zu verwirklichen. Wesentliche Faktoren stellen hierbei die Zeit dar, die Eltern für ihre Kinder haben, und die finanzielle Ausstattung für die Erziehung und Versorgung von Kindern. Konkret gehören dazu die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung, der Ausbau der außerfamiliären Kinderbetreuung sowohl durch die Erhöhung von Kapazitäten in der vorschulischen Kinderbetreuung als auch durch die Schaffung von mehr Ganztagschulen. Die Regelungen des Elterngeldes stellen zwar einen Schritt in die richtige Richtung dar, doch ist die Ausgestaltung nicht in allen Punkten gelungen. So werden durch die Zahlung des Elterngeldes als Lohnersatz diejenigen benachteiligt, die keine Löhne beziehen. Das sind neben Erwerbslosen z.B. auch Studierende. Weiterhin erhalten laut Schutter erwerbslose Alleinerziehende kein Elterngeld, während erwerbslose Ehefrauen dieses beziehen können. Auch daran wird ersichtlich, dass Alleinerziehende in der deutschen Familien- und Sozialpolitik vernachlässigt werden. Wie Schutter verdeutlichte, gibt es in Deutschland sechs Millionen Alleinerziehende, von denen 90 Prozent Frauen sind. Das sind 18 Prozent der Familien in Deutschland. Dass der Staat insbesondere hier unterstützend tätig werden muss, zeigt schon die Tatsache, dass Kinder in Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil doppelt so lange in Armut leben wie Kinder in vergleichbaren Familien.

Schließlich spielt auch eine stärkere Anerkennung von unbezahlten Erziehungszeiten gegenüber bezahlter Erwerbsarbeit eine Rolle. So fordert Schewe-Gerigk, dass Erziehungszeiten stärker auf die Rentenansprüche anrechenbar sein sollten.

5.2 Russland

5.2.1 *Richtlinien für die Entwicklung einer erfolgreichen Politik*

Gerasimova betonte, dass die demografische Politik sich immer nach den aktuellen demografischen Tendenzen richten und eine differenzierte Herangehensweise bei der Erarbeitung und Realisierung der regionalen und föderalen Programme an den Tag legen sollte. Zudem ist eine konstruktive Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft sowie eine Handlungskooperation zwischen Legislative und Exekutive auf föderaler, regionaler und kommunaler Ebene unabdingbar für den Erfolg der jeweiligen Maßnahmen. Gerasimova stellte eine Reihe von politischen Ansätzen vor, die ihrer Ansicht nach zu einer Verbesserung der Familien- und Sozialpolitik, und damit der demografischen Lage in Russland beitragen könnten:

- „1. Differenzierte Herangehensweise bei der Ausarbeitung und Verwirklichung sozial-demografischer Programme
2. Jährliche Überprüfung zielgerichteter finanzieller Unterstützung bei Geburt und Kindererziehung
3. Zusätzliche Unterstützungsmechanismen für Alleinerziehende und Vielkinderfamilien
4. Ausbau der Angebote im Bereich vorschulischer Bildung
5. Flexible Beschäftigungsformen für Frauen mit Kleinkindern
6. Maßnahmen zur Sicherung einer höheren Qualität und Zugänglichkeit von Krankenversorgung
7. Wiederbelebung und Absicherung der Institutionen Familie und Ehe
8. Förderung einer gesunden Lebensführung bei der Bevölkerung
9. Entwicklung von Hypothekendarlehen, Ausbau eines zugänglichen Wohnungsmarktes
10. Klarheit und Transparenz im Handeln der Legislative und Exekutive.“

Bei gemeinsamen Überlegungen zu Verbesserungsmöglichkeiten der Demografiepolitik betonten die Referenten immer wieder die Komplexität der Problematik und warnten davor, den Bevölkerungsrückgang mit einseitigen Maßnahmen bekämpfen zu wollen. Vielmehr sei eine differenzierte Herangehensweise und Koordination auf allen politischen Ebenen notwendig.

5.2.2 *Konkrete Verbesserungsvorschläge*

Die Verbesserungsvorschläge von russischer Seite betrafen in erster Linie die Modernisierung des Arbeitsrechts und die Einführung von Antidiskriminierungsmaßnahmen sowie den Ausbau der sozialen

Infrastruktur. Konkrete Anregungen zu Gesetzesinitiativen machte Rima Sharifullina. Als eine wichtige und pragmatische Maßnahme ergab sich aus ihrem Vortrag die notwendige Umstrukturierung der Bezahlung des Schwangerschaftsurlaubes und der Auszahlungen der Geburtsgelder: Die Gelder sollten direkt aus dem staatlichen Sozialfonds ausgezahlt werden, und nicht über die Arbeitgeber. In diesem Zusammenhang wies Olga Isupova auf ein weiteres in Russland verbreitetes Problem hin, welches dringend behoben werden muss: Das Problem der so genannten „grauen Gehälter“, bei denen vom Arbeitgeber nur für einen Teil des Gesamtlohns Sozialabgaben abgeführt werden und der restliche Teil des Lohns „schwarz“ bzw. „grau“ ausgezahlt wird. Somit geraten die Ansprüche der Arbeitnehmer auf soziale Leistungen in die direkte Abhängigkeit von der Willkür des Arbeitgebers. Scharifullina forderte zudem einen Kündigungsschutz für Frauen und Männer während der Elternzeit und die Einführung einer strafrechtlichen Haftung für Arbeitgeber, die dagegen verstoßen. Im Hinblick auf die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz betonte sie die Notwendigkeit einer gesetzlich und gesellschaftlich verankerten Gleichstellung der Geschlechter und plädierte für die Einführung eines Gesetzes „Zur Gleichstellung von Männern und Frauen“. Zudem forderte Scharifullina die Einführung eines „Vaterschaftsurlaubes“, welcher den Männern die Möglichkeit der aktiven Teilnahme an der Kindererziehung und den Müttern die Möglichkeit der weiteren Verfolgung ihrer Karriere ermöglichen würde. Ein weiterer konkreter Vorschlag war die Gründung eines Instituts für Antidiskriminierungsfragen in St. Petersburg.

Natalia Karpovich setzte in ihrem Vortrag noch einen Schritt vorher an und bemängelte die leichte Zugänglichkeit und Finanzierbarkeit von Abtreibungen in Russland. Sie machte dies für die erschreckend hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Russland verantwortlich. Im Jahr 2008 wurden in Russland offiziell 81 Schwangerschaftsabbrüche je 100 Geburten gezählt.¹⁷ Zum Vergleich: In Deutschland lag diese Zahl im selben Jahr bei 16,77.¹⁸ Karpovich kritisierte die falsche Einstellung der Beratungsstellen, die Schwangeren oftmals keine psychologische Beratung anbieten oder eine Abtreibung sogar direkt empfehlen würden. Außerdem wies sie auf die Rolle der Kirche bei der Entscheidungstreffung religiöser Menschen hin und sprach die Forderung nach einer klaren Stellungnahme zur (Un-)Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruches aus. Gleichzeitig könnte eine staatliche Finanzierung von

¹⁷ http://www.gks.ru/bgd/regl/b09_34/IssWWW.exe/Stg/d1/02-46.htm

Bei solchen statistischen Angaben ist immer die nicht erfasste Dunkelziffer zu bedenken.

¹⁸ <http://www.gemeindenetzwerk.org/?p=4464>

reproduktionsmedizinischen Einrichtungen vielen ungewollt kinderlosen Paaren helfen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen.

Immer wieder wiesen die russischen Referenten auch darauf hin, dass die staatliche finanzielle Unterstützung für Eltern allein nicht ausreichend für die Geburtenförderung ist. Die Unsicherheit der Eltern ergebe sich nicht zuletzt aus einer schlecht funktionierenden sozialen Infrastruktur. Insbesondere wurde der akute Kindergartenplatzmangel kritisiert. In den entwickelten Industriegebieten Russlands sind nur 50 Prozent der Kinder im Vorschulalter mit einem Kindergartenplatz versorgt, so Isupova. Dabei ist im russischen Grundgesetz das Recht aller Kinder auf kostenfreie Vorschulbildung verankert. Die Verantwortung für die Umsetzung dieses Rechts liegt bei den lokalen Behörden, die wiederum fehlende finanzielle Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung beklagen. Die Beamten vor Ort hätten keinerlei Interesse an der Verbesserung der demografischen Lage, so Isupova. Sie machte auch darauf aufmerksam, dass in Ländern mit hohen Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung, wie beispielsweise in Skandinavien, ein Anstieg der Geburtenrate zu verzeichnen ist.

Insgesamt wurde der chaotische Charakter der staatlichen Maßnahmen kritisiert:

„Einerseits werden Maßnahmen zur Wohlstandssicherung ergriffen (Mutterschaftskapital, Unterstützung von Vielkinderfamilien usw.), andererseits sinkt drastisch das Schulniveau und verschlechtert sich das Gesundheitswesen. Lehrer und Ärzte zählen zu den am schlechtesten bezahlten Berufsgruppen. Ihr durchschnittliches Einkommen beträgt in Kalmückien lediglich 7.000 Rubel (ca. 175 Euro) monatlich.“ (Basan Zakharov)

Weitere grundlegende sozial-ökonomische Probleme wurden von Elena Gerasimova thematisiert. Der Erfolg konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der demografischen Lage hänge in einem hohen Maß von den Entwicklungen in anderen politischen Bereichen ab. Als Voraussetzungen für Bevölkerungswachstum nannte sie folgende Punkte:

- „1. Stabiles wirtschaftliches Wachstum
2. Wohlstandswachstum breiter Teile der Bevölkerung
3. Senkung des Armutsniveaus und Reduzierung der Einkommensdifferenzen
4. Intensive Förderung von Qualifikationen
5. Wirksame soziale Infrastruktur (Gesundheitswesen, Bildung, soziale Sicherheit)
6. Flexibler Wohnungsmarkt
7. Flexibler Arbeitsmarkt
8. Verbesserung der sanitär-epidemiologischen Situation.“

6. Schlussbetrachtungen

Im Rahmen der Tagung diskutierten die Referenten und das Publikum die bereits vorhandenen politischen Maßnahmen, die Probleme bei ihrer Realisierung und ihre Verbesserungsmöglichkeiten. Betont wurde immer wieder die hohe Komplexität des Themas. Der demografische Wandel erfordert vielschichtige Lösungsansätze, neben dem angestrebten Rückgang der Sterblichkeitsrate und der Steigerung der Geburtenrate geht es auch um eine gesunde Lebensführung, die Betonung von intergenerationellen Verbindungen und Solidarität und nicht zuletzt um Maßnahmen in der Zuwanderungspolitik.

Zudem wurde generell die Effizienz von politischen Maßnahmen hinterfragt. Selbst Natalia Karpovich, die auf der Tagung den offiziellen Standpunkt der russischen Regierung vertrat, betonte, dass nicht alle Probleme durch den Staat und die Familienpolitik gelöst werden können. Moralvorstellungen und Lebensbilder ließen sich nicht auf Knopfdruck ändern. Doch genau in ihnen ist die Hauptursache des Geburtenrückgangs zu suchen. Basan Zakharov sprach in diesem Zusammenhang vom notwendigen Zusammenhalt in der Gesellschaft:

„Der Familiengeist sollte die ganze Gesellschaft durchdringen. Ohne Zusammenhalt und ohne Familiengeist wird Russland keine Überlebenschancen in der modernen Welt haben.“

Auch Stefan Melle äußerte die Vermutung, dass z.B. die früher übliche Mehrgenerationenfamilie wieder ein Modell für die Zukunft darstellen könnte. Gleichzeitig warnten Rima Sharifullina und Anna Temkina mehrfach vor der unbedachten einseitigen Propaganda traditioneller Familienbilder und betonten die Notwendigkeit einer Stärkung von Familienkonzepten, die auf einer gleichberechtigten Partnerschaft beruhen. Weiterhin stellte Anna Temkina fest, dass die Berücksichtigung unterschiedlicher Familienformen unabdingbar ist für eine erfolgreiche Demografiepolitik:

„Die Entwicklung und die Realisierung der demografischen Politik sollten auf den Vorstellungen, Bestrebungen und dem Wertesystem basieren, die die Gesellschaft selbst für sich sieht.“¹⁹

Im Rahmen der Tagung sind neben kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der demografischen Lage, wie die finanzielle Absicherung von Familien und der Ausbau der sozialen Infrastruktur, ebenso langfristige Maßnahmen wie die Etablierung der

¹⁹ In diesem Zusammenhang möchten wir auf eine von der russischen Agentur E-Generator im Jahr 2009 durchgeführte Studie verweisen, bei der eine umfassende Umfrage unter Internetnutzern zu ihren Vorstellungen von einer effizienten Demografiepolitik durchgeführt wurde: <http://smi2.ru/data/fckuploads/demos.pdf>. Die Studie gibt einen systematischen Überblick über konkrete Verbesserungsvorschläge.

Gendergleichheit (Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, Beteiligung von Männern an der Kindererziehung) mehrfach thematisiert worden.

Als ein weiterer möglicher Weg, um den Auswirkungen des demografischen Wandels zu begegnen, wurde vereinzelt das Potenzial der Migration angesprochen – und die gesellschaftlichen Probleme, die sie in sich birgt:

„Die Anwerbung von Migranten nach Russland könnte dem natürlichen Bevölkerungsrückgang entgegenwirken. Allerdings wird die öffentliche Meinung in Russland derzeit von migrantophoben Einstellungen und Vorurteilen dominiert.“ (Sakevich)

Olga Isupova machte zudem darauf aufmerksam, dass es bei dieser Frage nicht nur darum gehe, die Immigranten in die Gesellschaft zu integrieren, sondern sie erst mal in das eigene Land „zu locken“. Sie äußerte die These, dass es in Zukunft zwischen den entwickelten Ländern zu einer „Konkurrenz um Immigranten“ kommen wird. Ähnlich wie bei der Zuwanderung aus dem Ausland herrscht in Russland auch ein Ungleichgewicht bei der Binnenwanderung, auf das Basan Zakharov aufmerksam machte. Er kritisierte in seinem Vortrag die Konzentration der finanziellen, kulturellen und humanen Ressourcen in der Hauptstadt Moskau. Die „Entleerung“ der Regionen stelle ein großes Problem dar. Seiner Meinung nach sollte die Zentralmacht in diesem Zusammenhang mehr Kompetenzen und Ressourcen an die Regionen weitergeben. Es sei notwendig, die Menschen beim Erwerb von Land zu unterstützen und auch mehr Möglichkeiten für die Selbstverwaltung vor Ort zu schaffen, damit das Leben in den Regionen attraktiver gestaltet werden kann.

Im Gegensatz dazu stellten die Vertreter der deutschen Seite mehrfach die Frage nach der Angemessenheit solcher politischer Intentionen. Rüdiger Sachau warnte in seinen Einleitungsworten vor einem „Machbarkeitswahn“, der Vorstellung, durch Steuerung etwas bewegen zu können, „das möglicherweise unserem Zugriff entzogen ist“. Auch Sabina Schutter gab zu bedenken, dass am Anfang aller politischen Überlegungen zur Gestaltung bestimmter Maßnahmen die Entscheidung für oder gegen eine aktive Demografiepolitik steht. Irmgard Schewe-Gerigk ist dagegen überzeugt, dass Politik in diesem Bereich vieles leisten kann und auch in der Pflicht steht, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Nicht zuletzt gibt es durch bestehende gesetzliche Regelungen für junge Väter keine Ausreden mehr, sich nicht an der Kindererziehung beteiligen zu können. Zudem geht es auch darum, die Älteren aktiver einzubeziehen. Im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaft stellt sich schließlich auch die Frage, ob alte Menschen nicht als „Last“, sondern als eine „Ressource“ für die Gesellschaft gesehen werden können.

Während der Tagung ist mehr als deutlich geworden, dass es keine Patentlösung für die Bewältigung des demografischen Wandels gibt. Allein eine Steigerung der Geburtenrate bringt weitere Fragen nach der Versorgung, Betreuung und Ausbildung der Kinder mit sich. Zusätzlich steht die Politik vor der Herausforderung einer gestiegenen Vielfalt von Lebensbildern gerecht werden zu müssen.

7. Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildung 1: Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung (Einwohner in Tausend) | 4 |
| Abbildung 2: Zusammengefasste Geburtenziffer in Ost- und Westdeutschland 1945-2008, Geburten je Frau | 5 |
| Abbildung 3: Anteil Altersgruppen an Bevölkerung 1960-2009, in Prozent | 6 |
| Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Russland 1959-2009 und Prognosen bis 2030, Einwohner in Millionen | 8 |
| Abbildung 5: Anteil von Frauen zwischen 20-34 Jahre und Bevölkerung über 60 Jahre, 1990 – 2031, Einwohner in Millionen (linke Skala Anzahl der Frauen zwischen 20-34 Jahren, rechte Skala Anzahl der über 60-Jährigen)..... | 9 |
| Abbildung 6: Altersspezifische Geburtenzahlen in ausgewählten Ländern | 10 |
| Abbildung 7: Entwicklung der Geburtenrate in Russland, 1958 -2009 | 11 |
| Abbildung 8: Alterspyramide Russland 2010, in 1000 Einwohner | 12 |
| Abbildung 9: Tod durch externe Ursachen (Männer) in Russland und der EU, Todesfälle je 100.000 Einwohner | 13 |
| Abbildung 10: Werbeplakate zur Erhöhung der Geburtenrate aus der ehemaligen UdSSR und der Mitte der 2000er | 18 |

8. Literaturverzeichnis und weiterführende Links

Belousov, Konstantin/ Zalyanskaya, Natalia: „Demografische Situation in Russland. Bericht über die öffentliche Diskussion, durchgeführt von E-generator.ru mit Unterstützung von SMI-club“ (2009) – Ergebnisse einer Umfrage unter Internetnutzern zu ihren Vorstellungen von einer effizienten Demografiepolitik;
www.smi2.ru/data/fckuploads/demos.pdf.

Bundesamt für Statistik: www.genesis.destatis.de.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: www.bib-demografie.de.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend:
www.bmfsfj.de.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Das Ehegattensplitting, www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=108442.html.

Komitee für Familie, Frauen und Kinder der Staatsduma der Russischen Föderation: www.familycommittee.ru/index.html.

Demoscope Weekly: Online-Magazin des Instituts für Demografie an der Hochschule für Wirtschaft Moskau; <http://demoscope.ru/>.

Höhn, Charlotte/Ette, Andreas/Ruckdeschel, Kerstin: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart 2006.

Rossijskaya Gazeta: www.rg.ru/sujet/2778.html.

Rosstat: Statistisches Amt der Russischen Föderation;
www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat/rosstatsite/main/.

Strafgesetzbuch der Russischen Föderation: www.ugolkod.ru/

Referenten

Elena Gerasimova

Elena Gerasimova wurde 1975 geboren und studierte an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Pädagogischen Hochschule Uljanowsk. Sie war zehn Jahre im Bildungssektor tätig. Zurzeit ist Frau Gerasimova stellvertretende Leiterin der Abteilung für Sozialentwicklung in einem interdisziplinären Forschungs- und Produktionsinstitut. Zudem ist sie Mitglied der Kommission für Sozial- und Demografiepolitik des Uljanowsker Gebiets.

Olga Isupova

Olga Isupova wurde 1965 in Moskau geboren. Nach Abschluss eines Ingenieurstudiums 1987 wendete sie sich der Soziologie zu und arbeitete am Institut für Soziologie an der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau). 1993-1994 studierte sie in Prag an der staatsrechtlichen Fakultät der Central European University. Sie setzte ihr Studium an der Universität Manchester fort, wo sie im Jahr 2000 promovierte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Gender-Studies, reproduktives Verhalten, Entscheidungen und Technologien sowie Geburtenpolitik. Seit 2009 arbeitet Olga Isupova am Institut für Demografie an der Hochschule für Wirtschaft (Moskau).

Natalia Karpovich

Natalia Karpovich wurde 1972 in Leningrad geboren. Sie ist Mitglied der Partei „Einiges Russland“ und Abgeordnete der Staatsduma der Russischen Föderation sowie erste Stellvertretende der Vorsitzenden des Duma Ausschusses für Familie, Frauen und Kinder. Sie studierte Sportwissenschaften an der Industrie-Pädagogischen Fachschule und der Staatlichen Pädagogischen Herzen-Universität sowie Rechtswissenschaft an der Universität St. Petersburg. 1998-2001 war sie als Juristin im „Tschernobyl-Verband“ (St. Petersburg) tätig. Außerdem arbeitet Frau Karpovich eng mit dem „Tschernobyl-Verband“, verschiedenen Behindertenorganisationen, Frauenverbänden, sowie kinderreichen Familien zusammen.

Basan Zakharov

Basan Zakharov wurde 1972 geboren. Er studierte Geschichtswissenschaften und arbeitet seit 1995 im gemeinnützigen Sektor. Im selben Jahr übernahm er die Leitung des kalmückischen Jugendverbands. Seit 1997 ist Herr Zakharov Präsident der kalmückischen regionalen Abteilung des Fonds „Neue Perspektiven“. Von ihm stammt die Idee der Bildung von Jugendparlamenten in Russland. 2004-2005 war Zakharov der erste Stellvertreter des Ministers für Jugend, Tourismus und Sport der Republik Kalmückien. Zurzeit ist Basan Sacharov Leiter des Zentrums für Entwicklung der ojratischen Kultur „Tengrin ujd!“.

Victoria Sakevich

Victoria Sakevich wurde 1964 in Minsk geboren. Ihr Geographie-Studium an der Belarussischen Staatlichen Universität hat sie mit Auszeichnung abgeschlossen. 1990-1993 studierte sie an der Aspirantur der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität und promovierte im Bereich „Bevölkerungsökonomie und Demografie“. Von 1994 bis 2007 arbeitete Frau Sakevich an der Russischen Akademie der Wissenschaften (Moskau). Seit 2007 ist sie am Institut für Demografie an der Hochschule für Wirtschaft Moaksu tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf reproduktivem Verhalten und Gesundheit der Bevölkerung. Frau Sakevich veröffentlichte über 50 wissenschaftliche Publikationen und ist ständige Autorin der online-Ausgabe des Instituts für Demografie „Demoscope Weekly“ (<http://demoscope.ru/>).

Irmingard Schewe-Gerigk

Irmingard Schewe-Gerigk(62), Regierungsangestellte a.D., war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. In dieser Zeit hatte sie das Amt der Fraktionsgeschäftsführerin der Bundestagsfraktion der Bündnis90/DIE GRÜNEN inne. Zudem war sie frauen-, familien- und altenpolitische Sprecherin der GRÜNEN. Von 1995 bis 2005 war Frau Schewe-Gerigk Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Demografischer Wandel und die Herausforderungen an den Einzelnen und die Politik". Seit 2009 ist sie sowohl Vorstandsvorsitzende der Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes als auch Vorsitzende des Ausschusses "Soziales, Gesundheit und Demografie" im Rat der Stadt Herdecke.

Sabina Schutter

Sabina Schutter ist Diplom-Soziologin mit Schwerpunkt Familien- und Geschlechtersoziologie. Sie hat von 1995 bis 2001 an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz Soziologie, Kriminologie und Pädagogik studiert. Von 2005 bis 2010 war sie wissenschaftliche Referentin im Verband für alleinerziehende Mütter und Väter. Seit April 2010 ist Sabina Schutter als Grundsatzreferentin für Familienpolitik und familienbezogene Leistungen beim Deutschen Jugendinstitut e.V. tätig.

Rima Sharifullina

Rima Sharifullina wurde 1965 im Taschkenter Gebiet der Republik Usbekistan geboren. 1989-1992 war sie eine der Gewerkschaftsführerinnen des russischen Arbeitervereins „Unabhängigkeit“ in St. Petersburg. 1992 beendete sie ein Wirtschaftsstudium an der ingenieur-wirtschaftlichen Universität St. Petersburg. 1998-2000 arbeitete Rima Sharifullina in der Rechtsabteilung des internationalen Gewerkschaftszentrums „Solidarnost“. 2000 übernahm sie die Leitung der nichtstaatlichen Organisation „Juristisches Zentrum Egida“, die sich 2003 in die

„Gesellschaft zur Unterstützung der sozialen Sicherheit der Bürger ‚Petersburger Egida““ umwandelte. 2002 absolvierte Rima Sharifullina ein Jura-Studium an der Staatlichen Universität des Leningrader Gebiets. Seit 2004 beschäftigt sie sich mit Fragen der Gender-Gleichberechtigung im Arbeitsumfeld.

Stephan Sievert

Stephan Sievert, geb. 1982, studierte in Maastricht European Studies mit den Schwerpunkten Politikwissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte und Europäisches Recht. Daran schloss er den Masterstudiengang International Economic Studies in Maastricht an. Seit 2008 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim "Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung" tätig. Stephan Sieverts Forschungsschwerpunkt liegt auf den unterschiedlichen demografischen Entwicklungen in Europa, die er in ländervergleichenden Studien u.a. zu Frankreich und Deutschland sowie zu Osteuropa untersucht hat. Er ist Mitautor der 2011 erschienen Studie „Die schrumpfende Weltmacht. Die demografische Zukunft Russlands und der anderen post-sowjetischen Staaten“.

Anna Temkina

Anna Temkina ist Professorin an der Europäischen Universität in St. Petersburg. Sie ist Leiterin des Programms „Soziologie der Gesundheit und Gender“ und Co-Direktorin des Programms zur Gender-Forschung. Zudem ist Frau Temkina Leiterin und Mitarbeiterin unterschiedlicher Forschungsprojekte zu Problemen der Sexualität, reproduktiver Gesundheit und Gender-Transformationen im heutigen Russland. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Genderbeziehungen in postsowjetischen Gesellschaften, Sexualitäts-Forschung, Soziologie der Gesundheit und des Alltags. 1997 promovierte sie an der Universität Helsinki. Frau Temkina hat bereits über 100 Publikationen in russischer, englischer, deutscher, finnischer und armenischer Sprache veröffentlicht und ist Mit-Redakteurin verschiedener Monographien.

Tagungsprogramm

Freitag, 29. Oktober

- 14.30 Uhr **Begrüßung**
Rüdiger Sachau, *Evangelische Akademie Berlin*
Walter Kaufmann, *Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin*
Stefan Melle, *Deutsch-Russischer Austausch, Berlin*
- 15.00 Uhr **Demografischer Wandel in Russland**
Einführungsvortrag: Viktoria Sakevich
Kommentar: Stephan Sievert
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.30 Uhr **„Es gibt Frauen in Russlands Dörfern“**
Russland, 2006, Regie: Pavel Kostomarov, Anton Kattin
- 17.00 Uhr **Mama-Papa-Kinder? Lebensbilder im modern-traditionellen Russland**
Anna Temkina
Natalia Karpovich
Sabina Schutter

Moderation: Stefan Melle, Deutsch-Russischer Austausch e.V.
- 19.00 Uhr **Empfang der Stiftung Deutsch-Russischer Austausch und Abendessen**

Samstag, 30. Oktober

- 9.30 Uhr **Macht Politik Familie? Kindergeld und Wohnkredit – Ansprüche an und von Familien**
Rima Sharifullina
Basan Zakharov
Sabina Schutter

Moderation: Robert Sperfeld, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- 11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.30 Uhr **Sozialpolitische Antworten auf den demografischen Wandel**
Elena Gerasimova
Olga Isupova
Irmingard Schewe-Gerigk

Moderation: Irina Kosterina, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau
- 13.00 Uhr Ende der Tagung